

Rundbrief

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

1

2017



DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL

Keine Atempause	3
Julia Wiedemann	

DIE LINKE UND DIE DEMOKRATIE

Die LINKE und die Demokratie	4
Persönliche Erfahrungen und Beobachtungen	
Horst Helas	

AKTUELLES

Wer nicht fragt bleibt dumm	7
Anfragen an die Bundesregierung als Mittel der	
Auseinandersetzung mit den extremen Rechten	
Gerd Wiegel	

Am 24. September ist alles möglich.	
Mit einer starken LINKEN!	9
Matthias Höhn	

Donald Trump und der Niedergang	
der amerikanischen Unipolarität	10
Vijay Prashad	

REZENSIONEN UND INFORMATIONEN

Gert Puckel/Oliver Decker (Hrsg.):	
Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme . . .	13
Roland Bach	

Daniele Giglioli: Die Opferfalle.	
Wie die Vergangenheit die Zukunft fesselt	
Die Ideologie der Opfer	18
Helge Meves	

Stefan Orth/Volker Resing (Hrsg.):	
AfD, Pegida & Co.: Angriff auf die Religion?	
Nächstenliebe kennt keine Obergrenzen	19
Helge Meves	

Kurt Gosweiler	20
(5.11.1917–17.5.2017)	

HISTORISCHES

- Roter Oktober und brauner Faschismus –
Todfeinde, sonst nichts** 21
Aus Anlass des 100. Jahrestages der Oktoberrevolution
Stefan Bollinger
- Drei Bücher zur Wannsee-Konferenz** 24
Zu neuen Publikationen aus Anlass des 75. Jahrestages
Ronald Friedmann
- Ein Jahrhundert in 54 Stunden** 27
Stafettenlesung des antifaschistischen Romans »die Ästhetik
des Widerstands« zu Peter Weiss' 100. Geburtstag
Friedrich Burschel
- Keine Angst vor unbequemen Analysen** 29
Anmerkungen zur Rezension von Stephan Jegielka
Stefan Bollinger
- Die Umbenennung der Universität Greifswald als Kristallisa-
tionspunkt neurechter Strukturen und Denkweisen** 31
Andreas Bohne
- Zwei Bücher zum Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939** 34
Günter Wehner
- Neue Erkenntnisse zum illegalen Wirken der Uhrig-Organisation** . 36
Günter Wehner

DIE LINKE.

Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr, und wird herausgegeben von der AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-216
E-Mail: julia.wiedemann@die-linke.de

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Titelbild: »Wir waren das Volk«
TRIALON, Berlin/A. Mattescheck
Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation

EDITORIAL

Keine Atempause

Die Umfragewerte der AfD liegen bei 8 Prozent und Le Pen ist nicht Präsidentin Frankreichs. Ich hätte noch vor wenigen Jahren nicht gedacht, dass ich über solche Meldungen einmal erleichtert sein könnte. Der Aufwind der reaktionären, rassistischen, nationalistischen, rechtspopulistischen Kräfte in Europa und in der Welt wurde in den letzten Monaten so stark, dass vieles möglich schien, was vor einiger Zeit noch keiner geglaubt hatte. Allein die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA hat gezeigt, wie viel gefährlicher Irrsinn in dieser Welt erdenklich ist. Da wirken die sinkenden Umfragewerte der AfD zunächst wie ein Lichtblick. Doch muss man konstatieren, dass der Höhenflug der AfD deutliche Spuren hinterlassen hat im öffentlichen Diskurs, wie in der Parteienlandschaft. Die vielen bewussten Tabubrüche haben dafür gesorgt, dass rassistische, sexistische und chauvinistische Positionen heute vielfach zu finden sind. Parteien wie die CSU oder die FDP fischen bewusst am rechten Rand. Auch wenn 8 Prozent weniger sind als 15, die AfD wird im nächsten Bundestag vertreten sein. Umso wichtiger, dass DIE LINKE ihren Platz als drittstärkste Partei verteidigen kann. Unter anderem darum wird es in diesem Rundbrief im Artikel von Matthias Höhn gehen, der als Bundeswahlkampfleiter einen Einblick in die Wahlstrategie der LINKEN gibt.

Die AfD hat den Slogan »Wir sind das Volk« ins makaber völkische verdreht. Doch lehnt sich unsere Titelgestal-

tung des Heftes nicht an der heutigen Lesart des Spruches an, sondern an die Zeit 1989 und danach. »Wir waren das Volk« ist eine bittere Erkenntnis, was in der bestehenden Gesellschaft erreicht werden konnte seit 1989 und warum es so viele Enttäuschungen gibt. Auch selbstverschuldete. Der Beitrag von Horst Helas ist eine Einzelmeinung, zu der wir uns Widerspruch, Ergänzungen und vielleicht eine Diskussion erhoffen. Zumindest sind für Heft ZWEI des Rundbriefes weitere Beiträge versprochen, diesmal zu den Erfahrungen beim demokratischen Umgang mit dem G20-Gipfel in Hamburg. Unsere Leser können gespannt sein.

In verschiedenen Rezensionen widmen sich die Autoren Roland Bach und Helge Meves der Auseinandersetzung mit der AfD. Und in altbewährter Form ist auch wieder Platz für Historisches und »linke« Geschichtsaufarbeitung, von der Oktoberrevolution bis zur Wannsee-Konferenz ist vieles dabei. Und dem kürzlich verstorbenen Faschismusforscher Kurt Gossweiler ist ein Nachruf gewidmet.

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen!

Julia Wiedemann

Sprecherin der BAG Antifaschismus
der Partei DIE LINKE

DIE LINKE UND DIE DEMOKRATIE

Die Linke und die Demokratie.

Persönliche Erfahrungen und Beobachtungen

Im Jahre 1999 war in Berlin am Alexanderplatz, am Haus des Lehrers, eine Losung angebracht: »Wir waren das Volk!« Zehn Jahre nach der legendären großen Demonstration an gleicher Stelle wurde an diese und andere Demonstrationen im Herbst 1989 erinnert. 1989 wurden selbstgefertigte Spruchbänder mitgeführt und von den Demonstrierenden wurde laut gerufen: »Wir sind das Volk!«

10 Jahre nach dem großen Umbruch war der Spruch am Haus des Lehrers nicht falsch zu verstehen. Ausgedrückt wurde damit eine Zustandsbeschreibung darüber, was sich seit 1989 tatsächlich verändert hatte bzw. wie die aktuellen Zustände von vielen Menschen empfunden wurden. Anders als erhofft.

Das Berliner Spruchband wurde von manchen als Provokation empfunden. Und es war wohl auch so gemeint. Die Euphorie der Wochen nach der Wiedervereinigung Deutschlands (In den dazu beschlossenen Vereinbarungen wurde die DDR als Anschlussgebiet bezeichnet), in der einfach zusammenwachsen sollte, was zusammengehört, war – nicht nur im Osten – weitgehend verflogen. Mit »Volk« war kein völkischer Begriff gemeint, sondern ein Lebensgefühl großer Teile der Bevölkerung sollte beschrieben werden.

DEMOKRATIE – dieses Wort wird seit Jahrhunderten in wechselnden, höchst unterschiedlichen Zusammenhängen gebraucht. Nach der Durchsicht zahlreicher zufällig ausgewählter Stellen aus unterschiedlichsten politischen Texten, in denen »Demokratie« vorkommt, fiel mir auf: zwei Begriffsanwendungen kommen besonders häufig vor.

Erstens. Die gesellschaftlichen Zustände in fast allen derzeit bestehenden Staaten werden pauschal gepriesen. Eine demokratische Grundordnung wird unterstellt, die nur marginal noch verbesserungswürdig sei. Zweitens. Demokratien wurden Diktaturen als Staatsformen diametral gegenübergestellt.

Seit der Antike wird DEMOKRATIE mit Herrschaft des Staatsvolkes übersetzt.¹

Was Deutschland seit dem 20. Jahrhundert betrifft, wurde diese Beschreibung gewesener und bestehender Gesellschaftsverhältnisse vor allem zur Charakterisierung bestimmter Geschichtsabschnitte verwendet, von den »zwei Diktaturen« war die Rede.

Übrigens was das unter Linken verbreitete Denken und Handeln betrifft, wird solch einer politisch vordergründigen Zuschreibungen auch gesellschaftstheoretisch in die Hände gearbeitet. Die Annahme, dass die Diktatur des Proletariats eine höhere, gar die höchste Form von Demokratie sei, bestimmt ideologische Positionen bei manchen politischen Kräften auch heute. Fehlende Praxiserfolge in sozialistischen Ländern wie der DDR werden besonders betont, allerdings selten als wesentlich selbstverschuldet bestimmt.

Der Klassenkampf tobt.

Nicht nur was die Beschreibung von »Demokratie« betrifft, wird immer wieder auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1949 verwiesen.

In zentralen politischen Dokumenten wird damit die bestehende, im Prinzip ewig gegebene Gesellschaftsordnung charakterisiert, die alle verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte als gegeben anzuerkennen haben, um so die Legitimität des eigenen Handelns rechtsstaatlich sicher zu begründen.

Zumindest für sehr lange Zeit sei damit der allgemeine Rahmen gesellschaftlichen Handelns abgesteckt.

Artikel 20 des Grundgesetzes hat folgenden Wortlaut:

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
2. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung,

der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

3. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung und an Gesetz und Recht gebunden.
4. Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.²

Abschnitt 1 dieses Artikels bietet nicht nur für »linkes« Denken und Handeln einen wichtigen Handlungsrahmen. Die vielen Einschränkungen sozialer Art, die Menschen in Deutschland an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte hindern, werden in der Praxis oft wenig beachtet.

Abschnitt 4 umreißt den Rahmen auch für »linkes« Handeln. Widerstand gegen jeden und alles, was die bestehende Gesellschaftsordnung untergräbt, ist Bürgerpflicht. Ein weitgespannter Handlungsrahmen ist damit gegeben.

Nur einige Stichworte: Hausbesetzungen und Straßenblockaden, Volksentscheide und Volksbegehren, Demonstrationsrecht und Versammlungsrecht, Legitimität von zivilem Ungehorsam auch gegen ein behauptetes Gewaltmonopol des Staates, parlamentarische und außerparlamentarische Formen von Demokratie-Anwendung.

Was »DIE DEMOKRATIE« betrifft, haben mich seit den neunziger Jahren zwei Themenfelder in Theorie und Praxis besonders beschäftigt, gerade in vielen theoretischen Debatten und bei praktischem Tun zur nachhaltigen und breitgefächerten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Themenfeld eins: Was können Linke tun, um die Grundwerte von Demokratie in der politischen Bildungsarbeit wirksam und nachhaltig zu vermitteln?

Themenfeld zwei: Wie gehen Linke in Zeiten einer nicht-revolutionären Situation mit GEWALT um?

Was ersteres betrifft, sah und sehe ich mich insbesondere von zahlreichen Partnern gefordert. Immer wieder wird mir vorgehalten, Linke müssen wesentlich mehr tun zur Demokratieerziehung und -bildung insbesondere von jungen Menschen – und dies in zeitgemäßen Formen und von den Adressaten weitgehend selbstbestimmt.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang betont, Linke dürfen hier das Feld nicht anderen überlassen. Verordnete Demokratie tut gesellschaftlich sehr Not. Gerade im Alltag auf beruflicher Ebene und in den Kommunen ist hier ein weites Feld gegeben, das es mit Mühe und Beharrlichkeit zu beackern gilt.

Wichtig sind genaue Kenntnisse, was im Rahmen des Grundgesetzes erlaubt, ja eigentlich legitimes Bürgerrecht ist. Es gilt zudem genaues Wissen zu erwerben, was an rechten Losungen menschenfeindlich und undemokratisch ist. Darüber hinaus ist es gut zu wissen, welche Bürgerrechte der Einzelne hat und wie sie ausgeschöpft werden können.

Zum Beispiel die Verhaltensform Straßenblockaden als legitimes demokratisches Recht, wie ich sie in Dresden bei bundesweiten Protesten gegen Großveranstaltungen von Rechtsextremisten mitgestaltet habe. Unterschiedliches Verhalten von Polizeibeamten habe ich da erlebt und das Gefühl der Wärme von Solidarität Gleichgesinnter erfahren, die sich bis dahin persönlich noch nicht kannten. Verständnislos registrierte ich bei solchen »Events« aber auch brennende Müllcontainer und Menschenjagden, weit weg vom eigentlichen Geschehen.

Im Zusammenhang mit linken Protesten gegen das Treffen führender Staats- und Regierungschefs in Deutschland, in Heiligendamm im Juni 2007, erinnere ich mich an eine Grundsatzdebatte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema: Das Verhältnis von Linken zu Gewalt. Michael Brie und Lutz Brangsch lieferten dazu eine Diskussionsgrundlage, deren Grundprämissen ich bis heute voll teile. Ich weiß auch, dass diese Positionen bis heute unter Linken kontrovers diskutiert werden.³

Ich bedaure es sehr, dass damals begonnene Diskussionen nicht konsequent genug weitergeführt wurden. Die aktuellen Auseinandersetzungen vor dem G20-Gipfel in Hamburg über verschiedene geplante Protestaktionen von Linken bieten eine neue Möglichkeit zur Vertiefung der Debatte.

Noch eines. Mein Eifer zur Beteiligung an theoretischen Diskussionen hat sich gelegt. Das ist keine Frage von zunehmender Altersweisheit. Erfahrungen mit »ermüdenden Definitionsdebatten« (Günter Benser) teile ich mit vielen Menschen, die sich links verorten. Nur ange-

merkt sei, dass wir andererseits auch im Rundbrief Definitionsdebatten geführt haben. Hier wäre auch ein Ort für eine Belebung des Disputs.

Dr. Horst Helas

Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus
beim Vorstand der Partei DIE LINKE

-
- 1 Siehe: David Salomon, Demokratie, Köln 2012.
 - 2 Siehe: Grundgesetz, Sonderausgabe, 39. Auflage, München 2004, S. 21–22.
 - 3 Siehe: Lutz Brangsch, Michael Brie: In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele. Eine gescheiterte Strategie. RLS Standpunkte 9/2007.

Wer nicht fragt bleibt dumm

Anfragen an die Bundesregierung als Mittel der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten

Fragen an die Bundesregierung gehören zu den zentralen parlamentarischen Mitteln der Opposition. Verfehlungen der Regierung können damit genauso dokumentiert wie eigene Themen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Ob in Form von mündlichen oder schriftlichen Fragen, als Kleine oder Große Anfragen, die Regierung ist zur Antwort in definierten (unterschiedlichen) Zeiträumen verpflichtet. Voraussetzung ist, dass es sich um Themen und Fragen handelt, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Mit Fakten und Zahlen lässt sich auch das Interesse der Presse für Themen wecken und die Antworten auf diese Anfragen dienen als Grundlage für Artikel und Beiträge in der Presse. Im Idealfall lässt sich über solche Anfragen ein Handlungsdruck erzeugen, der die Regierung zwingt, wenn schon nicht im Sinne der Opposition, so doch zu einem von dieser gesetztem Thema aktiv zu werden.

Für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten nutzt die Fraktion DIE LINKE im Bundestag das Mittel der Anfragen seit Jahrzehnten kontinuierlich und erfolgreich. In einem Artikel der FAZ hieß es schon vor vielen Jahren, manche Statistiken und Instrumente der Erfassung im Bereich Rechtsextremismus seien überhaupt nur aufgrund der »exzessiven« Fragen der LINKEN bzw. der früheren PDS eingeführt worden. Die Dokumentation rechter Straf- und Gewalttaten gehört seit den frühen 1990er Jahren zu den regelmäßigen, heute monatlich gestellten Anfragen der LINKEN. Die Präsentation dieser Zahlen und vor allem ihr Abgleich mit den Zahlen unabhängiger zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Antifa-Recherche haben zur Diskussion um die Erfassungskriterien dieser Form politischer Kriminalität beigetragen und die Dimension der Straftaten von rechts ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Die zahlreichen Anfragen der PDS und der LINKEN zur Zahl der Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt seit 1990 haben erst die Differenz dieser »offiziellen« Zahlen mit den von unabhängigen Journalistinnen und

Journalisten dokumentierten Fällen in die Öffentlichkeit gebracht. Nur knapp ein Drittel der von unabhängiger Seite angeführten Fälle fand sich in Zahlen der Bundesregierung auf die Anfragen der LINKEN. Die Debatte über diese Differenz hielt über Jahre an und führte nach der Selbstenttarnung des NSU 2011 zu einer erneuten Überprüfung dieser Tötungsdelikte, mit der jetzt auch unabhängige Stellen von Seiten mancher Länder beauftragt wurden.

Der NSU-Komplex ist ein weiteres Beispiel für die Möglichkeit mittels Anfragen direkten Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen. Mehr als 50 solcher Anfragen in verschiedener Form hat DIE LINKE bzw. haben die mit diesen Themen befassten Abgeordneten in dieser Wahlperiode gestellt. Gerade in den ersten beiden Jahren der Wahlperiode wurde das Mittel von uns genutzt, um den Druck auf die Ermittlungsbehörden aufrechtzuerhalten, die Hintergründe und Netzwerke des NSU genauer in den Blick zu nehmen. Über die häufig mangelhaften Antworten ließ sich dokumentieren, dass es ohne einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss parlamentarisch zu keinen Fortschritten bei der Aufklärung des NSU kommen würde und so haben auch diese Anfragen dazu beigetragen, den NSU-Komplex in einem zweiten Untersuchungsausschuss zu behandeln.

Schließlich können Anfragen ein Mittel sein, um aktuelle Entwicklungen zu dokumentieren und z. B. die Gefahren eines neuen gewalttätigen Rechtsterrorismus zu dokumentieren. Seit 2014 stellen wir regelmäßige vierteljährliche Anfragen zu den Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Die Zahl der rassistischen Angriffe hatte sich hier schon seit Ende des Jahres 2012 deutlich erhöht. Mit der Aufbereitung der Antworten der Bundesregierung ließ sich der dramatische Anstieg rassistischer Gewalt parallel zum Aufstieg von Pegida und der AfD dokumentieren. Von 2014 auf 2015 hatten sich die Zahlen mehr als versechsfacht und auch die

gestiegene Gewalttätigkeit ließ sich anhand der von der Bundesregierung erfragten Fakten aufzeigen. Wichtig ist hier die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen die zu diesen Themen arbeiten. Zum einen, weil mit ihrer Hilfe eine Überprüfung der Zahlen möglich ist. Über Jahre hat sich die Zählweise der Bundesregierung bei rechten Straf- und Gewalttaten als zu niedrig und als eine Form der Verharmlosung erwiesen. Mit dem NSU-Schock ist es hier zumindest in Teilen zu einer Veränderung gekommen. Die Bundesregierung bzw. das Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichen die von uns erfragten Zahlen inzwischen selbst und einige Tage vor der Beantwortung unserer Anfragen. Wenn sich der kritische Blick der Öffentlichkeit nicht vermeiden lässt, dann will man die Interpretation der Entwicklung offenbar selbst in der Hand behalten und die Zahlen exklusiv präsentieren. Inzwischen gibt das BKA sogar einen vierteljährlichen Clearingstellenbericht zu den Angriffen auf Geflüchtete heraus. Auch hier ist die Zusammenarbeit mit unabhängigen Einrichtungen, Recherchegruppen und kritischen Journalist_innen wichtig. Die Deutungshoheit über die Zahlen und der an ihnen ablesbaren Entwicklung darf nicht allein dem Staat überlassen werden. In diesem Sinne versteht sich die Linksfraktion auch als Dienstleister, über den die Fakten erfragt werden können, die für die Arbeit dieser Gruppen von Bedeutung ist.

Schließlich lässt sich über das Mittel der Anfragen der Informationsstand der Bundesregierung zu neuen Entwicklungen im Bereich der extremen Rechten ablesen: Ob »Identitäre«, »Reichsbürger«, die Partei »Der Dritte Weg« oder »Die Gruppe Freital« – Anfragen können solche Entwicklungen in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und den Druck auf die Regierung erhöhen, diese Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Jedoch sind Anfragen der LINKEN und Antworten der Regierung maximal ein Mittel der Aufmerksamkeitserhöhung und/oder Informationsbeschaffung. Sie können nicht die reale Auseinandersetzung mit der extremen Rechten vor Ort ersetzen. Wenn sie eine kleine Hilfe dabei sein können, die Problemwahrnehmung beim Thema Rechtsextremismus zu erhöhen, dann haben sie ihre Funktion erfüllt.

Wer regelmäßig über Anfragen der LINKEN und Antworten der Bundesregierung zum Themenbereich extreme Rechte informiert werden will kann sich an gerd.wiegel@linksfraktion.de wenden.

Dr. Gerd Wiegel

Referent für Rechtsextremismus/Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

Am 24. September ist alles möglich. Mit einer starken LINKEN!

Diese Bundestagswahl wird keine Wahl wie jede andere. Manche sagen, es geht um alles. Zumindest ist alles möglich. Und das ist neu. Wir sind gut ins Wahljahr gestartet. Glückwunsch und Danke an Oskar und die saarländischen Genossinnen und Genossen. Euer bemerkenswertes Ergebnis ist Rückenwind für den Wahlkampfendspurt in Schleswig-Holstein und NRW.

Die Bundestagswahl wird entscheidend. Für Deutschland. Für Europa. Wir wollen einen Politik- und Regierungswechsel. Dafür treten wir an. Soziale Gerechtigkeit und eine politische Wende sind möglich. Wir wollen Merkel&Seehofer ablösen. Das sind unsere zentralen Gegner im Wahlkampf. Nur unsere Wählerinnen und Wähler können wissen, dass ihre Stimmen nach der Wahl nicht bei diesen beiden landen. Den Lokführer auszutauschen, ist notwendig, reicht allein aber nicht. Der Zug muss endlich in eine andere, soziale Richtung fahren. Das geht nur mit uns. Andere kündigen mit schönen Worten viel an, wir sind diejenigen, die ernst machen mit Gerechtigkeit. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land. Das ist zu gewinnen bei dieser Wahl. Wir werden einen Wahlkampf führen, der ausstrahlt, dass viel auf dem Spiel steht, dass aber auch viel gewonnen werden kann. Viel, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Unser Angebot heißt Politikwechsel. Dafür sind aber auch nur wir der Garant. Dass das tatsächlich so ist, sehen wir an den Debatten nach der Saarland-Wahl. Die Option auf Mitte-Links wird seitdem runtergeschrieben. Wider die Umfragen. 40 Prozent im Saarland wollten DIE LINKE in der Landesregierung sehen. Ein Spitzenwert! Aktuell fänden es 27 Prozent im Westen und 50 Prozent im Osten gut, wenn wir regierten. Diese Werte waren nie höher. Es ist definitiv nicht unser Problem, sondern das der SPD. Sie reagierte panisch und völlig falsch auf die mediale Debatte und brachte eine Koalition mit der FDP ins Spiel. Wie Martin Schulz sein Versprechen, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, mit der FDP einlösen will, muss er erklären. An den Weihnachtsmann glauben die Wählerinnen und Wähler nicht. Es zeigt sich, dass nur eine starke LINKE die Voraussetzung dafür ist, dass sich die Hoffnungen und der Wunsch nach politischer Veränderung auch erfüllen. Eine klare Mehrheit will einen politischen Wechsel im Land. 16 Jahre

Merkel – diese Vorstellung schreckt viele Menschen ab. Die wachsende Wechselstimmung wollen wir verstärken und gleichzeitig unsere Rolle darin deutlich machen. Im Wahlkampf werden wir Gründe liefern, DIE LINKE zu wählen. Wir alle werden am Infostand, in der Kneipe, an den Haustüren, in Interviews, bei Freunden und Familie die Frage beantworten müssen: Warum DIE LINKE wählen?

Es gibt mindestens fünf Gründe, die wir in den nächsten Monaten rauf und runter kommunizieren werden.

1. Nur mit uns ändert sich wirklich was. Nur wenn wir stark werden, wird es was mit sozialer Gerechtigkeit. Nur dann werden auf schöne Worte auch Taten folgen.
2. Wir wissen, was wir wollen. Unsere Inhalte und Ziele sind klar. Wählerinnen und Wähler wissen, woran sie mit uns sind. DIE LINKE ist verlässlich, bleibt glaubwürdig bei ihren Themen und fällt nicht um.
3. Sozial auch der Wahl! Wer DIE LINKE wählt, ist versichert gegen Wahlbetrug. Nur die Stimme für DIE LINKE ist eine sichere Stimme gegen Merkel&Seehofer und die Fortsetzung der Großen Koalition.
4. Die Stimme für DIE LINKE ist nie verschenkt. Wir bringen sozialen Protest und Utopie zum Ausdruck. Bei uns geht es auch um grundsätzliche Alternativen, für eine bessere Zukunft – weit über eine Wahlperiode hinaus.
5. DIE LINKE zu wählen, ist ein Statement gegen Rassismus, gegen die Rechten.

10 Prozent plus X, möglichst wieder drittstärkste Partei und mit unseren Zugewinnen eine Mehrheit jenseits der Union für einen grundlegenden Politikwechsel möglich machen: Das sind unsere Wahlziele. Im Juni ist Parteitag, dort beschließen wir unser Wahlprogramm. Im Juli stellen wir die Wahlkampagne vor. Nach einer ganz kurzen Sommerpause gehen wir im August in den »heißen Wahlkampf.« Die Weichen sind gestellt und die Voraussetzungen gut, um unsere Ziele zu erreichen. Ich freue mich auf die nächsten fünf Monate!

Matthias Höhn

Bundesgeschäftsführer und Bundeswahlkampfleiter der Partei DIE LINKE

Donald Trump und der Niedergang der amerikanischen Unipolarität

Die Reaktionen auf Donald Trumps Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten oszillieren zwischen tiefer Bestürzung und beißendem Spott. Wird Trump haarsträubende Dinge tun – mit schrecklichen Folgen – oder wird er sich fürchterlich blamieren? Ungewissheit umgibt den neuen US-Präsidenten und seine Administration. Das alte Establishment scheint kaltgestellt und der »tiefe Staat« perplex.

Die Bush-Jahre

George W. Bushs Wahl hatte seinerzeit ähnliche Gefühle zwischen Furcht und Belustigung ausgelöst, obwohl seine Regierung wie handverlesen vom Establishment aussah und er selbst nicht so klang, als wolle er wesentliche Parameter der Weltordnung ändern. Von Bush gab es keine unfreundlichen Gesten gegenüber der Europäischen Union oder der NATO und ebenso wenig gegen wichtige Handelsabkommen oder Sicherheitsarrangements. Dass Bush 2003 illegal in den Irak einfallen, dem wachsenden Einfluss der BRICS-Staaten in Handelsfragen nichts entgegenzusetzen haben und in Schockstarre verfallen würde, als das westliche Finanzsystem Metastasen zu streuen begann, war bei seinem Amtsantritt nicht unbedingt abzusehen.

Eins jedenfalls hatten die acht Bush-Jahre unübersehbar gemacht: dass die Vereinigten Staaten nicht länger als Erste unter Gleichen zählten und die US-dominierte Unipolarität allmählich zerbröselte. Russland, das im ersten Jahrzehnt nach dem Untergang der UdSSR heruntergewirtschaftet worden war, hatte angesichts hoher Rohstoffpreise seine militärische Stärke wiederherstellen können und begonnen, anderen Mächten selbstsicherer zu begegnen. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg in den 1990er Jahren veranlasste seine Führung, auf eine Veränderung des geopolitischen Kräftegleichgewichts hinzuwirken. Indien, Brasilien und Südafrika – durch die globalen Wirtschaftsregeln benachteiligt – traten in den multilateralen Foren nachdrücklich für ihre Eigen-

interessen ein. Diese aufsteigenden Mächte, also die BRICS-Staaten, positionierten sich mehr oder weniger energisch gegen die unipolare Konfiguration. Vor allem Russland und China schienen mit der Unterstützung Lateinamerikas bereit, dem Westen das Recht zu bestreiten, einseitig die Handelsregeln festzulegen und territoriale Herrschaftsansprüche auf weit von den eigenen Grenzen entfernte Weltgegenden zu erheben.

Die Obama-Jahre

Barack Obama konnte, obwohl als Persönlichkeit entschieden anziehender, natürlich bei weitem nicht alles bereinigen, was Bush angerichtet hatte. Weder gelang es ihm, die durch Bushs Kriege in Westasien aufgebrochenen Widersprüche aufzulösen, noch die Ambitionen Russlands und Chinas zu zügeln.

Nun kann man Obama nicht nachsagen, er hätte es nicht versucht. Schließlich bemühte sein Weißes Haus sich heftig darum, Eurasien von beiden Enden her in die Zange zu nehmen – in Europa dadurch, dass die NATO immer dichter an die russische Westgrenze heranrückte, und in Asien, indem amerikanische Kriegsschiffe China im Südchinesischen Meer herausforderten. Unter Obama steckten die USA ihre Nase in die Höhle des russischen Bären und provozierten so Russlands Krim-Intervention. Versuche, die Chinesen zur Aufwertung ihrer Währung zu nötigen, um einer stotternden US-Binnenwirtschaft zu helfen, führten zu nichts. Alle Drohungen, gegen die Missachtung geistiger Eigentumsrechte, Währungsmanipulation und Internet-Hacking vorzugehen, liefen ins Leere. Außenministerin Hillary Clinton ging sogar so weit, die Japaner zur Beseitigung einer gewählten Regierung zu bewegen, damit die US-Stützpunkte auf Okinawa erhalten blieben – Stützpunkte, die China und Russland herausfordern. Nichts von alledem brachte die Chinesen ins Wanken. Nicht einmal die US-Kriegsschiffe im Südchinesischen Meer konnten Peking so erschrecken, dass es gegenüber Washington klein beigegeben hätte.

Europa, das sich bis heute von der großen Rezession der Jahre 2007/2008 nicht durchgängig erholen konnte, hatte gleichzeitig unter den Folgen – von ihm selbst befürworteter – strategischer Entscheidungen Washingtons zu leiden. Der rechtswidrige Irakkrieg, den Bush 2003 mit der denkwürdigen Unterstützung des von ihm so genannten »Neuen Europa« und Großbritanniens begann, ermöglichte es dem Iran, seinen Einfluss auf ganz Westasien auszudehnen. Die Vereinigten Staaten versuchten mit dem Syria Accountability Act (2003), der Unterstützung des israelischen Libanonkriegs (2006) und dem Sanktionsregime gegen Teheran die Iraner hinter ihre Grenzen zurückzudrängen.

Was die Sanktionen bewirkten, war, dass der Iran als einer der Energielieferanten Europas ausfiel. Als die NATO dann Libyen zerstörte (2011), verschwand ein weiterer wichtiger Lieferant von Europas Energiequellen-Atlas. Und das Vordringen der NATO nach Osten löste die Krise in Osteuropa aus, die zu den Sanktionen gegen Russland führte (2014). Moskau rückte näher an Peking heran und begann, sein Öl und Gas den Chinesen zu verkaufen. Der Iran, Libyen und Russland hatten als die drei wichtigsten Energiequellen für Europa fungiert. Binnen eines Jahrzehnts waren nun alle drei stillgelegt worden. Schließlich geriet die Obama-Administration unter zunehmenden Druck, die Isolation Teherans aufzugeben, was zu dem Iran-Deal von 2015 führte. Es waren die Einwände aus Europa und weniger die Grundsätze des Völkerrechts, die die Obama-Administration zu dieser Lösung drängten.

Die Trump-Jahre

Wie wird Trump mit diesen bedeutsamen Gewichtsverschiebungen in einer Weltordnung umgehen, in der Russland und China – und andere Teile des globalen Südens – an Bedeutung zunehmen, während die Europäer mit sich selbst beschäftigt und aus dem Tritt geraten sind? Wird er seinerseits fortfahren, Russland und China mit militärischem Druck auf beide Flanken Eurasiens zu bedrängen?

Klar ist, dass Russlands Rückkehr auf die Weltbühne Trump weniger beunruhigt als Amerikas »tiefen Staat«. Ob er fähig sein wird, sich über den Mainstream-Konsens hinwegzusetzen, demzufolge Russland eine schwere Bedrohung der Vereinigten Staaten darstellt, wird sich zeigen. Die Beschuldigungen, Russland habe Hackerangriffe gegen die Demokraten unternommen,

werden Trump zwingen, irgendwie zu reagieren, entweder mit Sanktionen oder mit einer Geheimoperation dieser oder jener Art. Wie er auf die Russland-Rhetorik des tiefen Staates reagieren wird, bleibt offen.

Trumps Ansichten ermangeln zweifellos innerer Konsistenz. Er erscheint russlandfreundlich, hat aber eine tiefe Abneigung gegen China, besonders in Handelsfragen. Russland erfuhr den Untergang der Sowjetunion (1991) und später seine Verstoßung aus der G7 (2014) als Demütigungen. Doch reagierte es gefasst und entschied sich, eine dauerhafte Verbindung mit Peking einzugehen, mit dem es mittlerweile sowohl militärisch als auch wirtschaftlich und diplomatisch eng kooperiert. Diese Verbindung erweist sich als stark und scheint sich weiter zu festigen. Trump macht sich etwas vor, wenn er glaubt, er könne das Band zwischen Russland und China durchtrennen – zwei Mächten, deren Ansichten über die Weltordnung einigermaßen harmonieren, mehr jedenfalls als in den Anfangsjahren des Kalten Krieges vor dem sowjetisch-chinesischen Bruch.

Es dürfte schwierig werden, China zu zwingen, den Yuan zum Vorteil der Vereinigten Staaten aufzuwerten. Keiner US-Regierung ist es bisher gelungen, die Chinesen zu einem solchen – aus ihrer Sicht selbstmörderischen – Schritt zu nötigen, auch nicht mit US-Kriegsschiffen vor der chinesischen Küste. Ebenso wenig wird Trump, will er nicht Krieg gegen China führen, das Land zwingen können, Wohltaten für Amerika zu erbringen. Hierbei handelt es sich eher um Trumps Rhetorik als um Politik.

Die Regierungsmannschaft, die Trump zusammengestellt hat, verbindet ein gewaltiger Hass auf den Iran. Aber wird sie den Nuklear-Deal tatsächlich brechen, ja womöglich gegen das Land am Golf in den Krieg ziehen? Wahrscheinlicher ist, dass Trump den Deal nicht einmal außer Kraft setzen kann. Er wird in Europa, dessen strategische Optionen angesichts der Energieverknappung begrenzt sind, keine Partner dafür finden. In den europäischen Hauptstädten hat man keine Lust, zu den Sanktionen zurückzukehren. Weder Russland noch China – die beide den Iran für ihre Westasienpolitik brauchen – werden UN-Sanktionen gegen den Iran zulassen. Sollte Trump geneigt sein, seinen Kreuzzug gegen den Iran auf eigene Faust zu führen, so wird er – abgesehen von einer Handvoll Golfmonarchien – nicht viele arabische Verbündete finden, die einen solchen Krieg unterstützen. Ägypten, Algerien und der Irak wären entschieden dagegen. Die Hisbollah würde vom Libanon aus Israel bedrohen, das seinerseits auf eine Rückkehr

zu Kriegshandlungen an seiner Nordflanke nicht eingestellt ist. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat es gefallen, kriegerisch daherzureden, aber bislang konnte er sich dabei hinter Obama verstecken. Jetzt hat er niemanden mehr, hinter dem er sich verstecken könnte. Und Trump ebenso wenig.

Schrille Töne gegen Mexiko – als Alibi dafür, dass es den einfachen Leuten in Amerika schlecht geht – werden Trump nicht viel nützen. In Sachen Mexiko hat er sich verrechnet, vielleicht aus dem Glauben heraus, das Land sei arm und isoliert. Doch in Wirklichkeit ist Mexiko der Agenda des globalen Südens gegenüber dem Norden in wesentlichen Punkten eng verbunden, etwa im Hinblick auf die Reform der nördlichen Subventionspraktiken oder des vom Norden bestimmten Weltfinanzsystems und auf die Neuverhandlung des Umgangs mit geistigem Eigentum, bei dem bisher Pharma-Konzerne und High-Tech-Unternehmen aus dem Norden begünstigt werden. Getreidesubventionen in den Vereinigten Staaten und die Liberalisierung des Handels durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) haben die massenhafte Migration verarmter Mexikaner in die USA bewirkt. Jede Veränderung der Handelspraktiken müsste die Vorteile berücksichtigen, die das Freihandelsregime dem nördlichen Kapital verschafft. Insofern klingt Trumps Ruf nach einer Neuverhandlung bestehender Abkommen den Verantwortlichen in vielen Hauptstädten des Weltsüdens wie Musik in den Ohren. Allerdings hat man dort ganz andere Vorstellungen, worum Neuverhandlungen sich drehen sollten. Mexiko ist Gründungsmitglied der G20 innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO). Aus Anlass des WTO-Ministertreffens 2003 im mexikanischen Cancún hatte sich unter

der Führung Indiens, Brasiliens und Südafrikas diese Zwanzigergruppe formiert, um der Agenda des Nordens etwas entgegenzusetzen. Mexiko hat in der G20 eine schwankende Rolle gespielt, aber Trumps Beleidigungen und seine Politik – sowohl in Einwanderungs- wie in Handelsfragen – könnten das Land sehr wohl in die vorderste Linie der Gruppe der Zwanzig zurückdrängen. Andere lateinamerikanische Länder würden dies wärmstens begrüßen.

Aber auch wenn die Ära der US-amerikanischen Unipolarität jetzt vorüber ist, so lässt sich ein Gleiches über den US-getriebenen Imperialismus durchaus nicht sagen. Die Vereinigten Staaten verfügen immer noch über die mit Abstand größte Militärmacht, ihre Tentakel umgreifen – in Gestalt ihrer Stützpunkte und Flugzeugträgergruppen – den gesamten Globus, und sie sind der größte Waffenhändler der Welt. Um ihre abnehmende Autorität zu erhalten, werden die USA ihr Machtpotenzial in unterschiedlichen Formen ausspielen. Viel spricht dafür, dass Trump der Finger am Abzug gefährlich locker sitzen könnte. Aber mit weniger Verbündeten und verminderter Autorität dürfte es ihm schwerer fallen, diesen Abzug wirklich zu betätigen. Mag sein, dass er letztlich eher als Opfer denn als Gefährder der Welt dastehen wird.

Vijay Prashad

ist Verfasser der RLS–NYC-Studie Neoliberalismus mit südlichem Antlitz. Der Aufstieg des BRICS-Blocks. Der in Indien geborene Historiker und Journalist ist u. a. Professor für Internationale Studien am Trinity College in Hartford, Connecticut.

Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme

Gert Pickel/Oliver Decker (Hg.): Extremismus in Sachsen.

Eine kritische Bestandsaufnahme. Edition Leipzig 2016, 160 Seiten

»Für wen?« stellt sich die Frage, wenn die Herausgeber auf dem Cover-Titel behaupten, dass sie Informationen und Fakten liefern, die in der hochaktuellen Debatte »dringend nötig« sind. Wir wollen der Frage nachgehen, ob es sich mit dieser Behauptung nur um eine verkaufsfördernde Werbung oder eine politisch und wissenschaftlich begründete Aussage handelt, die Schlüssel dafür liefern könnte, was gegen die beschriebenen Gefahren in Sachsen zu tun ist.

Untersuchen wir deshalb zunächst, auf welcher theoretischen Grundlage die behauptete »kritische Bestandsaufnahme« erfolgt. Sofort schleichen sich Zweifel ein, da mit dem zentralen Begriff »Extremismus« über viele Jahre hinweg nicht nur Verwirrung, sondern auch Schaden in der politischen Landschaft gestiftet worden ist. Die frühere Bundesfamilienministerin Schröder hatte mit der Abforderung einer Demokratieerklärung gegenüber Organisationen, Verbänden und Initiativen und der damit verbundenen Einführung einer »Extremismusklausel« für ein Totschlagargument zur Verfolgung von Demokraten und Antifaschisten, zur Unterdrückung jeglicher alternativ-kritischer Bestrebungen gesorgt. Der Abschaffung dieser Erklärung im Jahre 2014 durch die Bundesregierung nach unüberhörbarem Protest der Öffentlichkeit musste sich schließlich auch Sachsen 2015 als letztes Bundesland anschließen. Damit war zwar das Problem nicht endgültig gelöst, es war weiter von »extremistischen« Organisationen und Personen die Rede, denen eine Förderung versagt werden sollte, doch die mangelnde Wissenschaftlichkeit und politische Brauchbarkeit eines solchen Begriffs war festgestellt. Hinsichtlich des heute oft verwendeten Begriffs »Rechtsextremismus« bleibt festzuhalten, dass damit leider manchmal auch die offen neofaschistischen Bestrebungen und Gewalttaten nur oberflächlich und verdeckt charakterisiert werden.

Der auch im Buch mehrfach eingesetzte Begriff des »Linksextremismus« ist nicht nur meist in gehässiger Weise in der politischen Auseinandersetzung benutzt worden, sondern wird von den Autoren selbst in seinen schillernden Ausprägungen als unbrauchbar empfunden. Schließlich hilft ihnen auch der Begriff des »Extremismus der Mitte« nicht über die Schwierigkeiten der Beschreibung vieler Ereignisse hinweg.

Autor Decker verzichtet darauf zu bestimmen, welche Mitte gemeint ist, so wird es also auch nicht leichter, die Erscheinungen zu ordnen.

Generell sind von den Herausgebern sieben verschiedene Arten von »Extremismus« dem sächsischen zugeordnet. Vor allem ist es politisch motivierte Gewalt, wobei den Hauptteil in verschiedenen Beiträgen »rechte Gewalt« ausmacht. Ein spezieller Beitrag ist auch lokalen Unterschieden davon gewidmet. »Linke Gewalt« wird versucht, am Leipziger Geschehen zu beschreiben. Beim »Rechtsextremismus der Mitte« (nach der Theorie von Lipset als Begriff seit Ende der 50er Jahre eingeführt) geht es stärker auch um den Vergleich mit anderen Bundesländern. Wie die Polizei mit den schwierigen Herausforderungen umgeht, ist ebenfalls in einem besonderen Abschnitt geschildert. Das Bild vervollständigen Untersuchungen zu Rechtsextremismus und Religion, zur Frage inwieweit PEGIDA eine rechtsextreme Bewegung ist und ein Beitrag zu Islamfeindlichkeit und negativen Haltungen gegenüber Muslimen.

Über den **Umfang** dessen, was die Herausgeber alles als »Extremismus« verstehen, werden in verschiedenen Beiträgen Aussagen gemacht. Manches davon ist bekannt, einiges war anderen Ortes aber noch nicht zu lesen. So ergibt sich insgesamt ein differenziertes Bild, ein Vorteil für den unterschiedlichen Nutzer.

Den wichtigsten Versuch zur Bestimmung des Umfangs liefert Uwe Backes in seinem auf »Politisch motivierte Gewalt in Sachsen« eingegrenzten Beitrag (S. 27 bis 37). Aus der polizeilichen Kriminalstatistik und aus den Berichten des Verfassungsschutzes (deren Grenzen hinsichtlich der Aussagefähigkeit er einräumt) resümiert er, dass »bestimmte Formen« des Extremismus in Sachsen herausragen und ein deutlich erhöhtes Gefahrenpotential mit bedrohlichen Entwicklungen für Teile der Bevölkerung darstellen. Dieser Befund müsse allerdings differenziert im Zeitablauf, nach verschiedenen Gewaltaktionen und im Vergleich zu anderen Bundesländern betrachtet werden. Nach den Aussagen der PMK hält sich die rechts motivierte Gewalt im langjährigen Vergleich mit den üblichen Schwankungen auf hohem Niveau (Anstieg dann 2015 aber vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise und sich Häufender Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte). Obwohl Verlaufsmuster in Sachsen nur unwesentlich vom Bundestrend abwichen, zeigte die Gewichtung nach der Bevölkerungszahl doch, dass das sächsische »Gewaltaufkommen« beständig über dem Bundesdurchschnitt lag, es in einigen Jahren sogar um mehr als das Doppelte überstieg. 2015 wurden in Sachsen doppelt so viele rechte Gewalttaten pro 100 000 Einwohner begangen wie auf Bundesebene. Unterschiede zu den anderen ostdeutschen Bundesländern waren allerdings nicht so erheblich. Herausragend waren die Zahl der Landfriedensbrüche, der hohe Anteil an Körperverletzungen (bei relativer Seltenheit von Delikten wie Raub, Erpressung, Entführung oder Sprengstoffanschlag) sowie der Anteil der Konfrontationsgewalt gegen Linke oder Ordnungskräfte der Polizei. Aus den Verfassungsschutzberichten hat Backes auch herausgelesen, dass bei den über die Jahre 2001 bis 2015 untersuchten »Gruppentaten« einerseits im wesentlichen organisierte Neonazis, die sich mehr auf den historischen Faschismus bezogen und andererseits mehr subkulturell geprägte Gruppen verschiedener Prägung eine Rolle spielten. Sachsen wies auch den höchsten Anteil aller behördlich erfassten Konzerte von Neonazis auf.

Vorsichtig formuliert Backes seine Aussagen zur »links motivierten Gewalt«, da diese weit weniger erforscht sei. Die Aufrechnung erfolgt hier insbesondere im Zusammenhang mit den zahlreichen Aktionen in Dresden, die in der Vergangenheit immer wieder gegen die Naziaufmärsche an den Tagen des Gedenkens der Zerstörung der Stadt im Jahre 1945 durch angloamerikanische Bomberverbände stattfanden. Im Hinblick auf

Leipzig wird auf die vielen Aktionen der autonomen Szene zum Beispiel gegen die LEGIDA-Aufmärsche in der Messestadt Bezug genommen. Insgesamt meint Backes auch auf der linken Seite (bezogen auf 100 000 Einwohner) einen sächsischen schlimmen Wert von 2,8 Taten herausrechnen zu müssen, so dass man auch da über dem Bundesdurchschnitt liegt. Dazu zählt er dann eine Reihe Aktionen der autonomen Szene auf. Hinsichtlich der Tatverdächtigen vermutet Backes mangels Fakten, dass diese sich in Sachsen in ihrem Profil nicht wesentlich von den Berliner Tatverdächtigen unterscheiden würden.

Den Befunden Backes folgen detailliertere Artikel. Ausführlich untersuchen Alexander Yendell und Oliver Decker »Urbane Gewalt von links und rechts in Leipzig«. Nach einer Chronologie politisch motivierter Gewalt in der Stadt seit 2015 bis Januar 2016 bezeichnen sie deren Zunahme, die Leipzigs Oberbürgermeister als »Straßenterror« charakterisiert, als »brisant«, vor allem auch, weil Autonome aus Westdeutschland und aus Berlin sich verstärkt dorthin bewegen und bereit waren, schwerste Straftaten zu begehen.

Eine weitere Konkretisierung erfolgt durch Matthias Quent, der die rechtsextreme Gewalt in Sachsen nach den einzelnen Kreisen aufschlüsselt. Neben der Feststellung, dass 2015 10,5 Prozent aller rechten Straftaten in Deutschland in Sachsen stattfanden, werden auch hier die meisten in Dresden, im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge und in Leipzig mit Umland geortet.

Erfreulicherweise widmet sich das Buch auch jenen Erscheinungen und Quellen des rechten und rechtsextremen Denkens und Vorgehens, die im Bereich von Religion und Esoterik anzutreffen sind (hier auf den Seiten 100 bis 108 schreibt Harald Lamprecht: Von Odin bis Neuschwabenland). Es wird festgestellt, dass diese keinesfalls unterschätzt werden dürfen, ist doch in den letzten Jahren das Milieu, in dem die rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Personen und Gruppen agieren, ständig angewachsen. So kommt nicht nur das neugermanische Heidentum als wesentlicher Bestandteil der neonazistischen Aufladung in den Blick, sondern auch jenes Gemisch aus Büchern und Heften, das oft die Vorstufe der Glorifizierung Hitlerdeutschlands, von Weltverschwörungstheorien oder Reichsbürgerphantasien ist.

Der in ähnlicher Weise angelegte und noch wichtigere Beitrag von Alexander Yendell über »Islamfeindlichkeit und negative Haltungen gegenüber Muslimen, dort wo kaum Muslime leben« (S.119 bis 129), der von den in- zwischen massenweisen Erscheinungen und schlimmen Taten ausgeht, bleibt dagegen auf Grund der ungenü- genden Materialbasis und theoretischen Durchdringung in seiner Qualität zurück.

Hans Vorländer, Maik Herold und Steven Schäller be- beschäftigen sich ab Seite 109 mit der Frage, ob PEGIDA eine rechtsextremistische Bewegung sei, wie manch- mal behauptet wurde. Sie untersuchten dazu die seit 2014 durchgeführten Studien, die so eindeutige Befun- de nicht hergeben. Zunächst wurde der Blick auf die Dresdener Organisatoren und dann auf die Teilnehmer an den Demonstrationen gerichtet. Im Ergebnis wies- sen die Autoren auf das Andocken zahlreicher einzel- ner Neonazis an die Bewegung aber auch auf Konkur- renzsituationen zur NPD hin. In den Tabellen aus den Untersuchungen zeigen sich viele Übereinstimmungen mit den Befunden aus anderen Bundesländern. Insge- samt muss der Anteil der offen ausländerfeindlich ein- gestellten Demonstranten zum Beispiel in Dresden mit 30 bis 40 Prozent beziffert werden. Einstellungsmu- ster wie »Antisemitismus« oder »Verharmlosung des Na- tionalsozialismus« wurden eher unterdurchschnittlich festgestellt, während neben der »Ausländerfeindlich- keit« auch für »Nationalismus/Chauvinismus« hohe Zu- stimmungswerte gefunden wurden. Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass sich die PEGIDA-Demonstranten vom Rest der Bevölkerung weniger hinsichtlich der Ver- breitung ausländerfeindlicher Ressentiments und nati- onalpatriotischer Gesinnungen, sondern eher durch die Bereitschaft zu deren öffentlicher Artikulation unter- scheiden. Das verbindende Merkmal der PEGIDA-An- hängerschaft entstand aus den bestehenden Ängsten vor einer »Islamisierung« und einer »Überfremdung« mit der Entfremdung gegenüber »der« Politik und »den« Me- dien. Es erwuchs eher aus aggressiv gewendeter Ab- rechnung mit den mutmaßlich von den Sorgen des »ein- fachen Bürgers« entkoppelten Eliten in Politik, Medien und Gesellschaft, weniger aus einer von allen geteilten rechtsextremistischen Gesinnung. (S . 114)

In der Summe bestätigt das sächsische Innenministe- rium in der Antwort auf eine Große Anfrage der Links- partei im Januar 2017 die Chronik des Schreckens: Von Anfang 2011 bis zum ersten Halbjahr 2016 wurden im

Freistaat rund 100 300 rechtsmotivierte Delikte began- gen. Von anfänglich etwa 1600 im Jahr erhöhte sich ih- re Zahl 2015 auf fast 2500, blieb auch 2016 so hoch. Deutlich stieg die Zahl der Körperverletzungen, ebenso die Zahl der Übergriffe gegen staatliche Einrichtungen, politische Gegner und Asylunterkünfte. Aber bei mehr als 6000 Tatverdächtigen gab es nur 1215 rechtskräf- tige Verurteilungen, nur knapp 40 Prozent aller rechts- motivierten Delikte wurden aufgeklärt. Den bekannten neonazistischen Gruppen standen mehr als 60 Objekte zur Verfügung. Zwar ist die NPD bei den letzten Land- tagswahlen aus dem Landtag geflogen, doch haben die neuen Neonaziparteien *Die RECHTE* und *Der III. Weg* in- zwischen Strukturen aufgebaut.

Über die **Gründe und Ursachen** der Situation in Sach- sen beruhigt Gert Pickel zunächst allgemein, dass es sich im Bundesland um eine weitgehend demokratische politische Kultur handle, unterscheidet aber zwischen der Zustimmung zum System und der Realität, dass man Politikern und Parteien misstrauisch und mitun- ter verächtlich begegne. Insofern unterscheide sie sich nicht von den anderen Bundesländern. Jedoch handele es sich um eine spezifische Mischung von Erfahrungen und Rahmenbedingungen, die einerseits etwas anders als in anderen Bundesländern waren, auf der anderen Seite aber auch in vielen Dingen den Nachbarländern in Ostdeutschland gegenüber ähnlich bis gleich seien. Eine Rolle spiele sicher die Mischung aus ostdeutscher Vergangenheit und sozialistischer Sozialisation, vor al- lem aber das Gefühl, nach 25 Jahren immer noch als soziale Gruppe in Deutschland kollektiv benachteiligt zu sein. Eine stark ausgeprägte Unzufriedenheit mit Poli- tikern und Parteien mische sich dann mit dieser Skepsis und der Wahrnehmung, durch die Zuwanderung beson- ders bedroht zu sein. Hier liege die Grundlage für einen besonderen Einstellungsmix, der in Sachsen eine stär- kere Bereitschaft zu Ethnozentrismus und Ablehnung von Ausländern zeige als im Bundesdurchschnitt. PEGI- DA habe das vorhandene Einstellungspotential an Ext- remisten dann motiviert und aktiviert.

Rechtsextremisten hätten so erstmals seit längerer Zeit die Möglichkeit erhalten, über die Positionierung gegen den Islam, gegen die »unfähigen« Herrschaftseliten und das politische Establishment Anschluss an Einstellun- gen zu erhalten, die in der Bevölkerung weitverbreitet sind. Zutreffend ist wohl die Feststellung Pickels, dass der **Bezug auf Gemeinschaft sowie auf nationale als**

auch regionale Identitäten ihnen dabei genauso entgegenkommt wie die seit langem schwelende Politikverdrossenheit. Hatte man angesichts der relativ günstigen Wirtschaftslage für die ostdeutschen Länder und den Jahren von Globalisierung und Europäisierung eigentlich eine stärkere Stützung demokratischer Kultur erwartet, so schlug doch der Faktor Identität verbunden mit der impliziten Abgrenzung gegenüber anderen Identitätsgruppen stärker durch. Das durch die Medien vermittelte Bild »offensichtlich unkontrollierten« Eindringens von »kulturfremden« Flüchtlingen, die Schürung von Angst vor dem Islam wurden so zum Herd für Proteste der eher konservativ eingestellten Zivilgesellschaft und für rechtspopulistische und rechtsextreme Parolen und Aktionen.

Weitere ergänzende Versuche, Ursachen und Gründen näher zu kommen können jedoch weniger überzeugen. So bleibt der Artikel von Immo Fritsche über die Sozialpsychologie des Extremismus auf der theoretischen Ebene ohne Bezug zum Thema. Ebenso bleibt der einseitige Blick von Uwe Backes auf die Hinterlassenschaften der DDR als Grund für den hohen Anteil von Gewaltdelikten eine oberflächliche Analyse, wenn er postuliert: »Der ... hohe Anteil von Konfrontationsdelikten in Sachsen lässt sich zum einen mit der Stärke militanter rechtsextremer Szenen erklären. Diese konnten sich auf dem Territorium der ehemaligen DDR mit seinen autokratischen Erblasten (Delegitimierung des Kommunismus, Attraktivität des Nationalismus, mangelnde Erfahrung mit Pluralismus und Multikulturalität, Zerstörung der autonomen Bürgergesellschaft) und Transformationsproblemen (mühsamer Aufbau des Rechtsstaates und der Marktwirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte) stärker verankern als in der alten Bundesrepublik«. (S.35) Das habe sich zwar im neuen Jahrtausend durch entsprechende Repressionen verändert, jedoch blieben die rechtmilitanten Szenen stark und erhielten jahrelang sogar im Landtag eine Interessenvertretung«. Kein Wort fällt dabei zu anderen Faktoren, zu lang wirkenden Hinterlassenschaften des Nazistaates oder der alten Bundesrepublik und zu den Beschönigungen und Verkleisterungen durch sächsische Landesregierungen nach der Wende – unter der Regie von Biedenkopf bis Tillich. Schweigen herrscht auch über die nicht endenwollende Verfolgung von Antifaschisten und anderen Demokraten durch die sächsische Justiz, die Neonazis nicht nur zu Aufmärschen zu den Gedenktagen im Februar in Dresden ermuntert hat.

In diesem Zusammenhang sind auch die Ausführungen von Anton Sterbling (Professor für Soziologie an der Hochschule der sächsischen Polizei) zu betrachten. Dieser leugnet an Hand verschiedener Umfragen und politischen Stellungnahmen nicht, dass es neben viel Anerkennung für die schwierige Arbeit der Polizei auch massive Kritik an ihr gibt. So wird der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag Anton Hofreiter zitiert, der im Hinblick auf die reaktionäre Gewalt in Clausnitz und Bautzen formulierte, die Polizisten vor Ort hätten nicht nur die Schutzbedürftigen nicht ausreichend vor dem braunen Mob geschützt, sondern in einem Fall sogar »institutionellen Rassismus« offenbart. Er verwies darauf, dass man in Sachsen »auf eine 25jährige Geschichte der Verharmlosung, des Abstreitens und des Wegschauens im Umgang mit Rechtsextremismus zurückschauen, und gab der CDU und der Landesregierung dafür eine gehörige Mitschuld«. Zwar wurden solche Kritiken von seiten der Polizei scharf zurückgewiesen, aber selbst der sächsische Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Martin Dulig (SPD) fragte sich öffentlich, ob die Sympathien für PEGIDA und AfD innerhalb der sächsischen Polizei größer seien als im Bevölkerungsdurchschnitt. Da er zugleich äußerte, dass es bei den Sicherheitsbehörden seines Landes großen Nachholebedarf bei der interkulturellen Kompetenz und bei der Führungskultur gebe, fühlte sich auch der Autor angesprochen. Vermutlich deshalb widmete er dann einen wesentlichen Teil seiner Ausführungen der Darlegung von Bemühungen um Aus- und Fortbildung der sächsischen Polizei im Hinblick auf gegenwärtige Aufgaben und Herausforderungen.

Matthias Quent, der die spezifischen Situationen hinsichtlich der rechten Gewalt in den einzelnen Kreisen gut darstellt, hat plausibel gezeigt, dass die überproportionale Zunahme rechter Angriffe in den Zentren Dresden, Sächsische Schweiz/Osterzgebirge und Landkreis Nordsachsen weder mit der Unterbringung oder dem Zuzug von Geflüchteten, der lokalen Ausländerquote noch mit der Arbeitslosigkeit in diesen Sozialräumen zu erklären ist. Richtig ist auch der Verweis von Oliver Decker, dass die drängenden Probleme und Phänomene *nicht der Gesellschaft gegenüber* entstehen, sondern *aus ihrer Mitte* entspringen (»Rechtsextremismus der Mitte – autoritäre Dynamiken«, S. 50–59). Im Ergebnis der Leipziger Studie über urbane Gewalt in der Stadt heben Alexander Yendell und Oliver Decker hervor, dass die lokalspezifischen Ursachen auf der Ebene von Po-

litik, extremistischer Subkultur und leipzigspezifischen Ursachen nur unzureichend geklärt sind und dringend wissenschaftlicher Expertise bedürfen.

Den Schluss des Bändchens bilden erstens die Wiedergabe eines Gesprächs zwischen den Herausgebern und Professor Steffen Kailitz vom Hannah Arendt-Institut, zweitens der Versuch eines Fazits der verschiedenen Beiträge und drittens Angaben zu den Autoren und eine ausführliche Literaturempfehlung. Im Gespräch versichern sich die Teilnehmer gegenseitig ihrer Neigung zu »Extremismus«-Forschung, bleiben aber sehr unverbindlich und lassen diesen Abschnitt als überflüssig erscheinen.

Die Zusammenfassung überschreiben die Autoren mit »Sachsen vor der Herausforderung der extremistischen Polarisierung?« Diese versuchen sie in 10 Punkten zu fassen, die teilweise nicht über Wiederholungen hinausgehen. Immer wieder taucht dabei der Begriff der **Mischung von Faktoren** auf. Im Konkreten werden dabei die konservierende Wirkung der DDR-Traditionen, die Ausprägung einer starken regionalen (sächsischen) Identität verbunden mit einer besonders ausgeprägten Skepsis gegenüber der zentralen Ordnungsmacht, die bei einem Teil der Bürger stark ausgeprägte Politik- und Parteienverdrossenheit ebenso wie die Ausweitung der Anfälligkeit für rechtspopulistische Parolen bis zu einer massiven Angst vor dem Islam genannt. Sozialpsychologisch betrachtet werde daraus eine Mischung aus eigener Identitätserhöhung, auch durch Abgrenzung gegenüber anderen sozialen Gruppen der Gesellschaft,

und tiefer liegenden diffusen Ängsten und Xenophobien (Feindschaften). Die von daher zu erklärende besonders hohe Konfrontationsbereitschaft zwischen rechten und linken Gruppen in Sachsen habe durch das Entstehen der »rechtspopulistischen Empörungsbewegung PEGIDA eine weitere Radikalisierung erfahren.

Diese Entwicklung bringe die Demokratieentwicklung in Sachsen noch nicht gleich zum Einsturz, sei jedoch bedenklich. Als Bürger müsse man sich eingestehen, dass man nicht mit jedem diskutieren kann und gelegentlich müsse die Demokratie auch wehrhaft sein. Die Begründung und Abgrenzung gegen Extremismus müsse so offensiv wie offen geführt werden, denn das sei die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass Sachsen über lange Zeit als der »Hort des Extremismus« einen Ruf erhält. Damit schließt sich der Kreis der Argumentation. Es geht letztlich wie auch ein Artikel im »Spiegel« (Heft 9/2016) hervorhebt, vor allem um den Imageschaden, den man erlitten hat und der nun auch mit der Herausgabe der vorliegenden Schrift in aller Eile behoben werden soll. Das Misstrauen gegenüber einem abrupten Kurswechsel bei der Sächsischen Landesregierung, bei Justiz, Polizei und vielen Politikern in diesem Bundesland ist groß. Es wird noch viel Mühe kosten, die klugen Analysen zu verbreiten und die Schlussfolgerungen in die Tat umzusetzen.

Dr. Roland Bach

Mitglied des Sprecherrates der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

Die Ideologie der Opfer

Danielle Giglioli: Die Opferfalle. Wie die Vergangenheit die Zukunft fesselt.

Das Opfer ist der Held unserer Zeit. Wer als Opfer anerkannt wird, erhält Aufmerksamkeit, Anerkennung, Prestige und ein Anrecht auf Wiedergutmachung. Er gewinnt seine Selbstachtung zurück und seine Identität. Allerdings um den Preis, dass die Identität des Opfers als unmündig, machtlos, passiv, unverantwortlich und nur mehr als die eines Erleidenden konstituiert wird. Solch ein Opfer wird nicht gefragt, was es getan oder unterlassen, es ist, was es erlitten hat. Statt »Du musst Dein Leben ändern« heißt es »Du musst Dich selbst finden«, statt »Was tun« wird gefragt »Wer bin ich«. Statt Weltveränderung durch Selbstveränderung wird die unschuldige Identität zum Ausgangspunkt gemacht und müssen Verantwortliche her für das, was der eigenen Identität genommen oder vorenthalten wurde. Und einmal gegen Kritik immunisiert kann Straffreiheit gefordert werden nicht nur hinsichtlich dessen, was erlitten wurde, sondern auch für die Erben der Opfer.

Giglioli erinnert an den Historikerstreit um Ernst Nolte, dessen Argumentation darauf aufbaute, dass es nicht darum ginge, die Gräueltaten Hitlers zu leugnen, sondern sie als Reaktion auf die Gräueltaten der Bolschewiki zu erklären, womit Hitler und die Nationalsozialisten also Opfer seien. In der politischen Mitte Deutschlands fanden diese Thesen trotz linksliberaler Interventionen sukzessive Zustimmung und stifteten sie eine neue politische Identität über die Selbstinszenierung der Rechtspopulisten als Opfer wahlweise des Verlustes der Mitte, einer jüdischen Verschwörung oder heute eher islamischen Unterwanderung. Bis zur Identitären Bewegung, die das Diskurspendel umschlagen lässt, indem es die Wiederherstellung der ethnisch-homogenen Identität durch Ausschluss aller anderen per Kriegserklärung 2012 ankündigte, womit sie die Debatte auf die Machtfrage zugespitzt hat.

Giglioli rekonstruiert diesen Wandel im Opferdiskurs seit den 70ern. Bis dahin herrschten für ihn Max Webers Imperative des Entsage, Spare, Akkumuliere, Reinvestiere. Mit den Erfolgen der Wohlfahrtsstaaten westlicher

Vorstellung hieß es dann kapitalistisch Konsumiere, Verschwende, Genieße schrankenlos und alles sofort. Wurde vordem der Zukunft gegenüber der Gegenwart der Vorrang gegeben und die Wunscherfüllung so lange wie möglich aufgeschoben, wurde nach der Umkehrung begonnen, sofort und alles einzufordern. Und wem etwas vorenthalten wurde, inszenierte sich als Opfer. Der Autor legt mit Rekursen auf Erinnerungsliteratur, pointiert von Rousseau und Kant über Max Weber und Sigmund Freud bis zu den neueren Debatten in Philosophie und Soziologie, aber auch der Stilisierung von Tätern als Opfer im Hollywood-Kino weitere Facetten des Diskurses frei.

30 Jahre unwidersprochener individualistischer Ideologie, so zusammenfassend Giglioli, haben Identitätspolitik ein Gewicht verliehen, die ihn bis ins kritische Denken vordringen ließ: Wenn gesellschaftliche Interessen widersprüchlich sind, kümmern wir uns um individuelle Bedürfnisse; wenn die Geschichte uns umbringt, wandern wir halt in die Geschichten aus. Wie Didier Eribon in »Rückkehr nach Reims« kritisiert Giglioli linke Identitätspolitik auf der Jagd nach kulturell ausgehandelten oder linguistisch konstruierten Identitäten – anstatt sich als Partei in Interessenkonflikten zu begreifen: Politik beginnt dort, wo Interessenkonflikte gesehen und ausgetragen werden.

Der italienische Literaturwissenschaftler Daniele Giglioli hat ein großartiges Buch geschrieben. So nah an der Beschreibung und Kritik öffentlicher Diskurse an Hand eines Phänomens war selten jemand und es kann nur mehr Aufmerksamkeit für diesen brillanten Essay gewünscht werden.

Daniele Giglioli: »Die Opferfalle. Wie die Vergangenheit die Zukunft fesselt« Aus dem Italienischen von Max Henninger, Matthes & Seitz, Berlin, 2016, 128 Seiten.

Der Autor arbeitet im Bereich Strategie & Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle und der Bund-Länder-Koordination der Bundestagsfraktion der LINKEN. Mehr auf www.helgemeves.de

Nächstenliebe kennt keine Obergrenzen

Rezension zu AfD, Pegida & Co. Angriff auf die Religion? Stefan Orth/Volker Resing (Hrsg.). Freiburg, Herder, 2017, 208 Seiten, 16,99 Euro von Helge Meves

Nach einer Allensbach-Erhebung vom letzten Sommer gaben 18 Prozent der Konfessionslosen, aber 10 der Katholiken und 6 der Protestanten an, die AfD wählen zu wollen, wobei unter diesen nochmals nach kirchennahen und -fernen Milieus differenziert werden sollte. Das ist den Autorinnen und Autoren dennoch zu viel. Der Sammelband dokumentiert beeindruckend die selbstkritische Haltung, analysiert Stärken und Schwächen und gibt nicht zuletzt Empfehlungen, wie der Rechtspopulismus bekämpft werden soll. Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Verhältnis zum Islam.

Der Islam ist für die AfD eine imperialistische Ideologie, weil er einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt. Ausländische Mächte wollen den Islam durch den Bau von Moscheen in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern; durch Migrationsströme wird die Bevölkerung ausgetauscht. Daraus folgt für die AfD, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört, Minarette und Verschleierungen verboten, Islamunterricht eingestellt und alle Staatsverträge mit islamischen Verbänden gekündigt werden sollen. So die AfD in ihrem Grundsatz- und Bundestagswahlprogramm und sie ist sehr ernst zu nehmen, weil diese Positionen auf seit Jahren fruchtbar gemachten Boden fallen. In der Debatte etwa durch *Deutschland schafft sich ab* von Thilo Sarrazin und die These vom *Großen Bevölkerungsaustausch* des Vordenkers des *Front National* Renaud Camus. Auf der Straße bzw. im Netz u. a. durch Pegida und die Identitäre Bewegung und innerhalb der christlichen Milieus über Netzwerke und Portale wie kath.net oder idea.de. Der Kern rechtspopulistischer Argumentation besteht also darin, dass dem Islam der Religionsanspruch abgestritten, er so aus dem Schutzbereich der Religionsfreiheit herausgenommen wird und mit der Religionsfreiheit die Menschenrechte in Frage gestellt wer-

den. Da in einer zunehmend säkularen Gesellschaft Kenntnis und Erfahrung im Umgang mit Religionen abnehmen, kann diese Argumentation eine solche Wirkung entfalten. Übrigens bis in linke, sich religionskritisch vorstellende, Debattenbeiträge hinein. Mit dieser Reduktion des Islam auf eine kriegerisch-aggressive Ideologie ist die AfD allerdings »paradoxiertweise der Zwillingsbrüder der Islamisten und seine stärkste Unterstützerorganisation in Deutschland«, wie in einem Beitrag resümiert wird. Hier setzen die Autoren aus Theologie und Politikwissenschaften, ein Erzbischof und vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken an und zeigen die Ambivalenz von Religionen und Weltanschauungen bei Macht- und Gewaltfragen auf. Wie das Christentum einen Krieg gegen das Christentum führte, führt der Islam – so Navid Kermani in seiner Buchhandels-Friedenspreisrede 2015 – Krieg gegen den Islam. Die Autoren sehen die Überschneidungen zwischen rechtskatholischen sowie evangelikalen Netzwerken und dem Rechtspopulismus und kritisieren, dass die Kirchen »zu lange weggeschaut« haben. In der Summe anregende Analysen zu ostdeutschen Lebensverhältnissen und der LINKEN ergänzen die Bestandsaufnahme.

Gegen die Ausnutzung des Familien- und Lebensschutzes durch die AfD fordern sie eine schärfere Prüfung der Kooperationspartner und sie gegebenenfalls direkt und öffentlich begründet zurückzuweisen: »In dem Maße, wie sich die AfD noch weiter radikalisiert, kommt ein Gespräch mit AfD-Vertretern immer weniger in Frage.« Dagegen verteidigen die Autoren ihr Bekenntnis des christlichen Lebens als »Dienst für andere«: Was ihr dem Geringsten getan habt, habt ihr mir getan. Nächstenliebe hat keine Obergrenzen.



Helge Meves

Kurt Gossweiler

5.11.1917–17.5.2017

Wenige Monate vor seinem 100. Geburtstag ist einer der bekanntesten Faschismusforscher der DDR gestorben.

In Stuttgart geboren, wuchs Kurt Gossweiler in Berlin in einer kommunistisch gesinnten Familie auf. Wie andere seiner Generation auch erinnerte er sich gern an seine Schulzeit an der Karl-Marx-Schule in Neukölln. Im Januar 1933 reihte sich Kurt Gossweiler in den Widerstandskampf gegen den deutschen Faschismus an der Macht ein.

1943 desertierte er aus der Hitler-Wehrmacht und lief zur Roten Armee über. Er gehörte in der Gefangenschaft zu jenen seiner Generation, die Altersgefährten, zunächst als Schüler, dann als Lehrer einer Antifaschule, vom Glauben an die Leitsätze der faschistischen Ideologie in ihrer deutschen Variante befreiten. Antifaschismus musste man Kurt Gosweiler nicht verordnen.

Nach der Befreiung zunächst als Funktionär der SED tätig, lehrte Kurt Gossweiler ab 1955 an der Humboldt-Universität Berlin. Generationen von Historikern verdanken ihm ihre wissenschaftliche Ausbildung, waren mit hohen Anforderungen konfrontiert und erinnern sich an einen aufopferungsvollen Betreuer.

Später an der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig, zeugten zahlreiche Bücher und Aufsätze von Kurt Gossweilers Schaffenskraft.

Dank Rolf Richter (1945–2009) ist ein Ausschnitt dieser Produktivität dokumentiert.¹

In einer Aufsatzsammlung ist auch eine Ausarbeitung aus dem Jahre 1938 zu finden, die Kurt Gossweiler als Diskussionsmaterial für seine Kampfgefährten in der Illegalität angefertigt hatte. Sie trägt den Titel »Das deutsche Wirtschaftswunder«.²

Damit war eines der Hauptthemen der jahrzehntelangen wissenschaftlichen Forschungen des Historikers bestimmt: der Zusammenhang von faschistischer Ideologie und ökonomischer Politik, vorrangig im Interesse deutscher Großkonzerne. Zeitlebens hielt Kurt Gossweiler diese Verbundenheit für eine zentrale Komponente faschistischer Herrschaft in Deutschland.

Auch nach 1989 hielt er an diesem zentralen Element seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse fest. Im Ausland mehr als im wiedervereinigten Deutschland wurde dieser Standpunkt respektiert.

Nachbemerkung:

Solches Herangehen an geschichtliche Prozesse, immer auch nach den Ursachen geschichtlicher Erscheinungen zu fragen, versuche ich mir selbst zu eigen zu machen, auch wenn ich nicht jede wissenschaftliche oder politische Ansicht des Jahrhundert-Historikers Kurt Gossweiler teile.

Dr. Horst Helas

1 Siehe: Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus. Mit einem Vorwort von Rolf Richter. 2., durchgesehene Auflage, Berlin 1988.

2 Siehe: Ebenda, S. 681–694.

HISTORISCHES

Roter Oktober und brauner Faschismus – Todfeinde, sonst nichts

Aus Anlass des 100.Jahrestages der Oktoberrevolution

I.

Einhundert Jahre nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 steht auch für Antifaschisten die Frage, ob und wie die russischen Revolutionäre des kurze 20. Jahrhundert der Extreme, wie es Erich Hobsbawm benannte, beeinflusst haben. Diese Revolution war Teil einer Kette russischer Revolutionen von 1917 (Februar und Oktober) bis 1922 (Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik und Unionsvertrag zur Bildung der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken), zugleich aber auch und zuallererst Auslöser einer Revolutionswelle gegen den Krieg während und gegen das erste große globale Völkermorden. Die Streiks 1917 in Deutschland und weltweit, die Antikriegsbewegung in der Kaiserlichen Marine im Sommer 1917, der Munitionsarbeiterstreik in Deutschland und Österreich-Ungarn im Januar 1918, die Novemberrevolutionen in Berlin und Wien 1918, die revolutionären Kämpfe bis 1923 in Deutschland und weitere auf einer langen Widerstandsliste sind ohne die Taten der Russen kaum denkbar.

Es erhebt sich die Frage, ob dies nur ein Phänomen dieses gewesenen Zeitabschnitts war, ob die Einsichten und Verdrehungen im Gefolge des Untergangs des Realsozialismus 1989/1991 in Osteuropa, ob die Krise der parteikommunistischen, sozialdemokratischen wie der libertären Linken der letzten drei Jahrzehnte, ob der Triumphzug eines »neuen«, rechtsautoritär geprägten Kapitalismus geschichtliche Erfahrungen und Zusammenhänge aushebelt oder in neuer Weise bestätigt.

Trotz aller Friedens-Anstrengungen, der Systemkonfrontation – die in späteren Jahren, nach dem nächsten großen, Zweiten Weltkrieg – über vier Jahrzehnte die Welt als Kalten Krieg in Atem hielt, eröffnete die russische radikale Linke, die Bolschewiki für sieben Jahrzehnte eine neue Perspektive. Sowjetrussland, die Sowjetunion, ihre Verbündeten und Verteidiger standen für eine sozialistische Ordnung ohne mächtige Kapitalisten, mit Arbeitern und Bauern an den Schaltstellen der Macht, mit sozialer Politik, aufgehobenen Bildungsprivilegien,

solidarischen Lebensverhältnissen. Und dies trotz aller Deformationen und Verbrechen im Namen der neuen Ordnung. Entscheidend blieb: Sie bedrohte die »freiheitlichen« westlichen Gesellschaften und deren Kapitalismus. Aus Sicht der »freien Welt« war dies ein Konflikt, der nur mit der Vernichtung der kommunistischen Bedrohung enden durfte.

Winston Churchill, einer der Macher der Interventionskriege, sprach 1949 im Rückblick im britischen Parlament davon, »dass das Erwürgen des Bolschewismus bei seiner Geburt einen unermesslichen Segen für die Menschheit gewesen wäre«. Das veranlasste einen Labour-Abgeordneten zum Zwischenruf: »Wenn das geschehen wäre, hätten wir den letzten Krieg verloren.« Mr. Churchill konterte trocken: »Nein, es würde den letzten Krieg verhindert haben.«¹ Den Kommunisten konnte nicht ihre Existenz entschuldigt werden, ebenso wenig die Wucht der antikommunistischen Gegenreaktionen, zu denen auch der Faschismus gehörte, der letztlich die westlichen Demokratien selbst zu zerstören drohte – und wofür man die Kommunisten wiederum brauchte, um diese zu retten.

In der Tat: Die bolschewistische, die kommunistische Bedrohung einkreisen, bekämpfen, ausmerzen. Das ist die stehende Rede angesichts der für das kapitalistische System wesentlichsten Bedrohung seit dem Auftreten einer organisierten Arbeiterbewegung. Denn sie forderte soziale Gerechtigkeit, gar Gleichheit ein, die demokratische Gestaltung aller politischen und sozialen und ökonomischen Entscheidungen. Eine soziale Bewegung, die Freiheit, die Demokratie immer als Erfüllung der Interessen der Arbeitenden und Ausgebeuteten an materiellem Wohlstand und freier Entfaltung der Persönlichkeit für alle Gesellschaftsmitglieder versteht, nicht nur als Weg zur Selbstverwirklichung des Individuums ohne zwingende gesellschaftliche Verantwortung. Wenn Linke – mit welcher politischen Radikalität auch immer – die gottgewollte politische und ideo-

logische Absicherung der Klassenspaltung in Arm und Reich, in Oben und Unten aufbrechen und zerbrechen wollen, dann wurden und werden sie der Bedrohung der heiligsten Güter bezichtigt, verfolgt, bekämpft, verleugnet und wenn möglich vernichtet.

Die letzten 150 Jahre haben das Repertoire der Herrschenden erweitert, mit dieser Bedrohung umzugehen. Schon früh entdeckten die intelligenteren Vertreter der Macht, dass Zuckerbrot und Peitsche, dass das Gewähren von Zugeständnissen, die Korruption oder Einbindung der Wortführer und Organisationen dieses Klassenkampfes gegen den Kapitalismus eine effektive und wirkungsvolle Methode ist. Ein solcher Weg war aber immer von der Gegenmacht der Arbeitenden und Ausgebeuteten abhängig – ihren Gewerkschaften, Parteien, nicht zuletzt von sozialistischen Staaten. Die gewaltsame, die faschistische Unterdrückung hat immer in dieses Repertoire des Terrors hineingepasst, auch wenn bürgerliche Kräfte erleben mussten, dass Faschisten nicht immer zwischen Linken und »bürgerlichen« Demokraten zu unterscheiden vermochten.

II.

Churchills Überlegungen als handelnder Politiker, der sowohl die antisowjetischen Interventionskriege ab 1918 organisierte als auch das Bündnis mit der Sowjetunion gegen den Faschismus in Berlin, Rom und Tokio bewusst herbeiführte wie den Kalten Krieg gegen die sowjetische geführte Block proklamierte symbolisiert den realgeschichtliche Hintergrund dieses Konflikts. Mit der Totalitarismustheorie in ihren unterschiedlichen Spielarten seit den 1940er Jahren, am wirkungsmächtigsten vielleicht mit Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski, war die theoretische Unterfütterung des Kalten Krieges aus westlicher Sicht gefunden. Der Faschismus wurde so nicht mehr als extremer Ausfluss des Kapitalismus, sondern – genauso wie die radikale Linke – als Gewaltphänomen seines Klasseninhalts entledigt.

Für die politische und wissenschaftliche Diskussion hat dann Ernst Nolte ausgehend von der richtigen Beobachtung eines weltweiten Klassenkrieges zwischen den verfeindeten Systemen zu einer fundamentalen totalitarismustheoretischen Sicht geführt, die die Falschheit des Gleichsetzens von Faschismus und Bolschewismus/Stalinismus/Kommunismus augenfällig macht. Für ihn war das Auftreten, das Agieren des im Oktober 1917 entstandenen Staates, seiner Verbündeten, seiner Kommunisten im Sowjetland wie in der Welt die fol-

gerichtige Ursache für das Entstehen und Handeln des Faschismus. Der verliert vor diesem Hintergrund seinen Schrecken, ist »nur« noch reine Abwehrreaktion. Seine Verbrechen relativieren sich so angesichts der Gräueltaten des russischen Bürgerkrieges (bewusst ausgeblendet, dass weißer und roter Terror zusammengehören) und der stalinschen Verbrechen. Wer mag da noch von der Singularität des Holocausts sprechen.

Solche Positionen wurden noch im bundesdeutschen »Historikerstreit« der späten 1980er Jahre von großen Teilen der eher linksliberal geprägten westdeutschen Berufshistorikerschaft zurückgewiesen. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus hat sich heute allerdings eine solche Sicht für die Abwertung des Realsozialismus, seines Entstehens, Wirkens und seines Einordnens in die Systemauseinandersetzung mehr oder minder durchgesetzt. Daran ändern auch die Weichzeichnungen durch seriöse Historiker wenig, die auf die Komplexität und Widersprüchlichkeit des Realsozialismus verweisen und etwa in Bezug auf die russisch-sowjetische Entwicklung die Ursachen, Konflikte und Wechselwirkungen nüchterner benennen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die russischen Revolutionen, insbesondere die sich sozialistisch verstehende Oktoberrevolution und die in ihr führend agierenden Bolschewiki, immer in einer doppelten Mission unterwegs waren. Sie kämpften gegen den imperialistischen Krieg, der eindeutig Schuld der nationalen imperialistisch agierenden Eliten aller Großmächte war. Dieser Krieg war die bis dato maximale Pervertierung des Kapitalismus, war staatlich lizenziertes Völkermorden. Die radikale Linke wollte um jeden Preis den Frieden. Dafür wollte sie den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg umwandeln. Ihr Ziel – das sie erreicht hat – war die Beseitigung der Herrschaft der Kriegstreiber, des Großkapitals, des Adels, der Großgrundbesitzer, der politischen und militärischen Eliten – und auch derjenigen, die diesen Kurs, auch in der Linken mitgetragen oder doch zumindest hingenommen haben.

Gleichzeitig war dies auch ein Klassenkampf gegen Kräfte, die als präfaschistisch einzuordnen sind. Das betraf in Russland die Schwarzhunderter, d.h. Bewegungen rechtskonservativer, meist promonarchistischer, vor allem ultranationalistischer, terroristischer, oft auch antisemitischer Kräfte, die spätestens seit der ersten russischen Revolution von 1905 aktiv auf der politischen Bühne erschienen. Sie gingen gewaltsam gegen die kämpfende Linke, gegen die Arbeiterbewegung vor, ohne Rücksicht auf deren verschiedenen Flügel und Radi-

kalitäten. Sie wandten sich gegen demokratische, auch auf nationale Selbständigkeit drängende Kräfte, die den nationalistischen und diktatorischen Ambitionen der Schwarzhunderter widersprachen. Dass dieses Vorkriegsrußland für seine Judenpogrome traurige Berühmtheit erlangte gehört zu den Resultaten dieser Politik.

Nicht vergessen werden sollte, dass analoge präfaschistische Kräfte – auch hier bis in die höchsten Kreise Rückhalt genießend und von ihnen gefördert – in der deutschen Vorkriegs- und Kriegspolitik etwa in Gestalt des Alldeutschen Verbandes – agierten. Noch entscheidender wurde, dass sich sowohl die weniger demokratischen Kriegsteilnehmer wie Rußland, Deutschland wie auch die westlichen Demokratien wie Großbritannien oder Frankreich in Kriegszeiten zu veritablen Militärdiktaturen mauserten. Alle unterdrücken mehr oder minder brutal jeden Widerstand gegen ihre Kriegspolitik. Vor allem bekämpften sie mit teils drakonischen Strafen das aktive Handeln, Meutern, Desertieren, Streiken gegen den Krieg. Die Bolschewiki, die Kommunisten waren nicht Ursache, sondern konsequente und kämpferische Antwort auf diesen reaktionären Wandel des Kapitalismus.

Die Bekämpfung der revolutionären Aktionen bedeutete in allen von der revolutionären Nachkriegskrise erfassten Ländern faschistische Reaktionen: Durch faschistische Banden und Parteien, durch brutalisierte reguläre staatliche Machtorgane (ob unter konservativen oder oft auch sozialdemokratischen Regierungen), d. h. Armee, Polizei, Justiz. Das war verbunden mit einem wenig trennscharfen Antikommunismus, oft schlichten Antisozialismus. Der vergiftete die politische Atmosphäre und gab die ideologische Rechtfertigung für den Kampf gegen jede zu radikale Opposition zwischen Berlin, Rom, Wien, Warschau, Budapest oder Washington.

So war die Normalsituation der Nachkriegszeit ab 1918/1919. Das war Reaktion auf den Roten Oktober, die kämpfende radikale, kommunistische Bewegung und all jene Kräfte, die der Sympathie und Unterstützung mit diesen verdächtigt wurden. Sicher wurde hier manches provoziert, überzogen im Kampf um soziale

Befreiung. Der Widerstand dagegen von rechts, von oben war aber stets massiv, brutal und tief in der Gesellschaft verwurzelt. Nur die Bedrohung von links war nun radikaler, verlor ihren sozialdemokratischen Wankelmut, hatte nun ein Hinterland in Moskau.

Das Scheitern der Revolutionen im Westen und die Schwäche der Revolutionäre begünstigten letztlich den Erfolg der Gegenrevolution, des alsbald aufkommenden Faschismus in seinen diversen Spielarten. Trotz mancher Schwankungen des staatlich organisierten Sozialismus unter Moskaus Ägide, trotz seiner eigenen Verbrechen und Deformationen war schließlich diese Produkt der Oktoberrevolution 1917 der einzige Garant für das Zerschlagen des Faschismus. Denn der bedrohte nicht nur die Kommunisten, die Sowjetunion, die Juden, Sinti und Roma tödlich, sondern auch die westlichen Demokratien. Letztlich blieb nicht nur der Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten das zentrale Ergebnis des Jahres 1917.

Auch ihr Antifaschismus, ihr unabdingbarer Willen – trotz mancher eigener Fehlentscheidungen – den Frieden zu bewahren, prägte die Zeit der System- und Blockkonfrontation. Dass das sowjetisch inspirierte System letztlich scheiterte, weil es reformunfähig war und seine Bürger anderen Verheißungen nachgingen, von denen sie wiederum enttäuscht wurden, gehört zur Tragik des vergangenen Jahrhunderts und zur Erblast der Linken. Ohne das Rückbesinnen auf den Anspruch des Jahres 1917, breiten Massenbewegungen gegen den Zaren, gegen den Krieg, für soziale und nationale Emanzipation wäre das Habenkonto der Linken ärmer.

Dr. Stefan Bollinger

Mitglied der Historischen Kommission
beim Vorstand der Partei DIE LINKE

¹ Siehe: Winston S. Churchill: Palestine. 26.01.1949. In: ders.: His Complete Speeches 1897–1963. Ed. Robert Rhodes James. Vol. 7, 1943–1949. New York-London 1974, S. 7774 (Eigene Übersetzung – St.B.).

Drei Bücher zur Wannsee-Konferenz

Zu neuen Publikationen aus Anlass des 75. Jahrestages

Am 20. Januar 1942 fand in der Villa am Großen Wannsee im Südwesten Berlins eine »Besprechung mit anschließendem Frühstück« statt, zu der Reinhard Heydrich, Leiter des sogenannten Reichssicherheitshauptamtes, bereits Anfang Dezember 1941 hochrangige Beamte aller wichtigen Ministerien der Hitlerregierung sowie Vertreter der einschlägigen Dienststellen der SS eingeladen hatte. Gegenstand der Zusammenkunft, die im Protokoll als »Staatssekretärskonferenz« bezeichnet wurde, war die Frage, wie der bereits im Jahr zuvor begonnene systematische Mord an den europäischen Juden zu organisieren sei, um in möglichst kurzer Zeit die »Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa« zu erreichen. Heydrich selbst hielt das Einführungsreferat, die dazu notwendigen Zuarbeiten hatte Adolf Eichmann, der Leiter des »Judenreferats« im Reichssicherheitshauptamt, geleistet. In der anschließenden, rund einstündigen Diskussion ging es in erster Linie darum, die Zuständigkeiten für die begonnenen Deportations- und Vernichtungsaktionen zu klären und den zeitlichen Ablauf der nachfolgenden Maßnahmen abzustimmen. Etwa elf Millionen Juden aus dem gesamten deutschen Macht- und Einflussbereich in Europa, und dazu zählten im Verständnis der Konferenzteilnehmer sowohl der unbesetzte Teil Frankreichs als auch das nach wie vor unbesiegte Großbritannien, sollten noch vor dem Kriegsende »in den Osten evakuiert« und dort einer »Sonderbehandlung« unterzogen, also ermordet werden.

Den 75. Jahrestag der Wannsee-Konferenz haben mehrere Verlage zum Anlass genommen, sich mit neuen Büchern auf unterschiedliche Weise dem Thema zu nähern.

Bereits im Spätherbst vergangenen Jahres erschien im Berliner *verlag am park* das Buch von Kurt Pätzold »Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942«, das schon deshalb bemerkenswert ist, weil es das letzte Buch des international renommierten Faschismusforschers ist, der wenige Tage nach Fertigstellung des Manuskripts am 18. August 2016 im Alter von 86 Jahren in Berlin verstarb.

Für Pätzold, der der Konferenz selbst nur wenige Seiten widmete, war es zeitlebens wichtig, den »Holocaust« (ein Begriff, den er wegen seiner Eindimensionalität ablehnte), in die Gesamtpolitik des Naziregimes einzuordnen und ihn – ungeachtet seiner Singularität – als integralen und notwendigen Teil des Herrschaftssystems des deutschen Faschismus zu erkennen. Deshalb seine Feststellung: »Den Holocaust als einen ›Rückfall in die Barbarei‹ vergangener Jahrhunderte anzusehen, verortet das Geschehen falsch. So stark die Geschichte der nazistischen Judenverfolgungen an Vorgänge früherer gesellschaftlicher Systeme erinnern mochte – sie entsprang ursächlich den gegenwärtigen Zuständen und orientierte sich auch an ihrem Endpunkt auf Zukunftsvisionen, nicht an Vergangenheitsbildern aus voraufklärerischen Zeiten.« Er erinnerte daran, dass zur Schreckensbilanz des deutschen Faschismus auch der systematische Mord an 3,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen gehörte und dass auch der Tod dieser Menschen für die Umsetzung der Gesamtstrategie des Naziregimes »notwendig« war. Pätzold weiter: »Das ›Großgermanische Weltreich‹ – ein Staat ohne Juden und nicht nur ohne sie, sondern auch ohne andere als unbrauchbar und überflüssig geltende Menschengruppen – war nach allen Planungen und, was Hitler angeht, auch Versprechungen an die Führer der deutschen Industrie, kein mittelalterliches, sondern ein kapitalistisches Gebilde. In ihm sollten die deutschen Arbeiter unter allen Ausgebeuteten weitaus am besten leben, belohnt für ihre Rolle als unentbehrliche Helfer bei der Auspowerung der ›Fremdstämmigen‹. [...] Der Zusammenhang von Judenmord und Kapitalexistenz mit den daraus hervorwachsenden Tendenzen und Interessen ist nur aus der Analyse der tatsächlichen Bewegung und Zielorientierung des Regimes als Ganzes zu erschließen. Nur die blutigen Spuren einzelner industrieller oder Bankunternehmen zu verfolgen, vermag die Frage nach dem *Warum?* [deshalb] nicht zu erklären.«

Peter Longerich, der im Münchner *Pantheon Verlag* seine Studie »Wannseekonferenz. Der Weg zu »Endlösung«« herausbrachte, ist weder bereit noch in der Lage, nach den unmittelbar oder vermittelt wirkenden ökonomischen Interessen als Quelle des Massenmordes an den europäischen Juden auch nur zu fragen. Schon in seiner in weiten Teilen höchst lesenswerten Hitler-Biographie, die er im vorvergangenen Jahr vorgelegt hat, zeigt er eine beinahe panische Abneigung, auf die konkreten ökonomischen Interessen hinter den deutschen Welt-herrschaftsplänen zu verweisen. Glaubt man der Darstellung von Longerich, so hatte das Hitler-Regime stets nur das Ziel, die materiellen Bedingungen für die Fortsetzung des Krieges zu sichern. Die Weltherrschaft als Selbstzweck.

Longerichs Kernaussage ist die – nicht nur für Historiker – keineswegs überraschende Aussage, dass am Wannsee nicht die Vernichtung der europäischen Juden beschlossen wurde, sondern dass es »nur« darum ging, die Modalitäten des längst begonnenen Menschheitsverbrechens auszuhandeln. Immerhin hatte schon Robert M. W. Kempner, dessen Arbeit als stellvertretender Chefankläger der USA bei den Nürnberger Prozessen die Entdeckung der einzigen überlieferten Kopie des Protokolls der Wannseekonferenz im Jahr 1947 zu verdanken ist, festgestellt: »Die Wannsee-Konferenz war eine Organisationskonferenz, die deshalb nötig wurde, weil vorher manches von den einzelnen Ressorts individuell bearbeitet worden war – es sollte eben koordiniert werden.« In der bereits erwähnten Hitler-Biografie stellt Longerich ausführlich dar, dass es zum Führungsstil Hitlers gehörte, durch die Übertragung unklarer und sich überschneidender Zuständigkeiten seinen Herrschaftsapparat unter ständiger Kontrolle zu halten. Implizit macht Longerich deutlich, dass es das Anliegen Heydrichs war, durch die Einberufung der Wannsee-Konferenz und die Festlegungen im Protokoll für klare Verantwortlichkeiten zu sorgen und so »Reibungsverluste« zu vermeiden.

Longerichs Verdienst besteht darin, dass er eine sehr kompakte und gut lesbare Darstellung der Wannsee-Konferenz vorgelegt hat und dass er in seinem Buch deutlich macht, dass die Vernichtung der europäischen Juden – trotz unterschiedlicher Auffassungen über die Details – stets ein gemeinsames und verbindendes Ziel des Spitzenpersonals des Hitler-Regimes war. Insofern ist die persönliche Rivalität zwischen dem »Reichsfüh-

rer SS« Heinrich Himmler und dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich, aus der heraus, so die von Longerich vertretene These, Heydrich im Dezember 1941 die Initiative zur Einberufung der sogenannten Staatssekretärskonferenz ergriff, nur von sekundärer Bedeutung.

Einen anderen Zugang wählten Hans-Christian Jasch und Christoph Kreuzmüller, die als Herausgeber im *Metropol Verlag Berlin* das Buch »Die Teilnehmer. Die Männer der Wannsee-Konferenz« veröffentlicht haben. Mit den biographischen Porträts aller fünfzehn Teilnehmer der Wannsee-Konferenz haben sie – aus Sicht des Rezensenten – das interessanteste der hier vorzustellenden Bücher vorgelegt. Denn die insgesamt achtzehn Autorinnen und Autoren, unter ihnen mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«, beschränken sich nicht darauf, die Rolle ihrer Protagonisten bei der Durchführung des Massenmordes an den europäischen Juden zu beschreiben. Sie erkunden deren Lebenswege seit den Anfängen des politischen Engagements in den Jahren der Weimarer Republik und machen so deutlich, warum diese fünfzehn Männer – in der Mehrzahl hochgebildet und sozial etabliert – schließlich bereit waren, als hochrangige Vertreter der Nazi-Diktatur aktiv an der Planung, Organisation und Umsetzung millionenfachen Mordes mitzuwirken. Gewollt oder ungewollt widerlegen die Autorinnen und Autoren mit ihrer Darstellung die dümmliche These einer Hanna Arendt von der »Banalität des Bösen«, die objektiv betrachtet lediglich eine Verharmlosung des deutschen Faschismus ist.

Insbesondere in dem Kapitel über Gerhard Klopfer, Vertreter der »Parteikanzlei«, das nicht zufällig den Titel »Völkischer Ideologe und Bürger der Bundesrepublik« trägt, wird deutlich, dass die Justiz der Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt an einer wirksamen strafrechtlichen Verfolgung der Täter interessiert war und dass alle Möglichkeiten genutzt wurden, die Urteile alliierter Gerichte zugunsten der Täter zu revidieren. Auch die Tatsache, dass die Witwe von Hitlers Blutrichter Roland Freisler zeitlebens eine hohe »Ausgleichsrente« erhielt und dass das entsprechende Gesetz erst nach ihrem Tod 1997 geändert wurde, findet angemessene Erwähnung.

Einige wenige kritische Bemerkungen sind notwendig: In dem Bericht über Martin Luther, zwischen 1941 und 1943 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt,

wird zwar zutreffend auf den gescheiterten »Putschversuch« gegen Reichsaußenminister Ribbentrop und die anschließende Gefangenschaft Luthers als privilegierter Häftling im KZ Sachsenhausen verwiesen. Doch fehlt jeder Hinweis, dass Luther das Kriegsende überlebt hat. (Auch wenn er in den ersten Tagen des Nachkriegs an den Folgen einer Herzattacke starb.) Wichtiger noch wäre die Feststellung gewesen, dass Luther wegen seiner Verhaftung 1943 als einziger Teilnehmer der Wannsee-Konferenz nicht in der Lage gewesen war, sein persönliches Archiv zu »säubern«, und dass nur so sein Exemplar des Protokolls der Wannsee-Konferenz, die einzige erhaltene Kopie, die Zeiten überstanden hat.

Und: Die Herausgeber haben ihrem Buch ein umfangreiches Literaturverzeichnis beigegeben, das allerdings nicht zwischen zeitgenössischen Quellen und Dokumenten einerseits und Publikationen und geschichtswissenschaftlichen Arbeiten aus der Nachkriegszeit andererseits unterscheidet. So taucht zum Beispiel der spätere Chef des sogenannten Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich mit einem Aufsatz über »Bekämpfung der Staatsfeinde« aus dem Jahre 1936 »gleichberechtigt« neben dem stellvertretenden Nürnberger Chefankläger Robert M. W. Kempner und dessen

Lebenserinnerungen »Ankläger einer Epoche« aus dem Jahre 1983 auf. In einer – wünschenswerten – Neuauflage sollte das geändert werden.

Es bleibt abschließend festzuhalten, dass sich sämtliche Autorinnen und Autoren, selbstverständlich mit Ausnahme von Kurt Pätzold, davor scheuen, den deutschen Faschismus als das zu bezeichnen, was er war, nämlich Faschismus, sondern ihn – dem Zeitgeist folgend – regelmäßig mit dem Begriff »Nationalsozialismus« verharmlosen.

- Kurt Pätzold, Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, Verlag am park, Berlin 2016, 141 Seiten
- Peter Longerich, Wannseekonferenz. Der Weg zu »Endlösung«, Pantheon Verlag, München 2016, 224 Seiten
- Hans-Christian Jasch und Christoph Kreuzmüller (Herausgeber), Die Teilnehmer. Die Männer der Wannsee-Konferenz, Metropol Verlag, Berlin 2017, 336 Seiten

Dr. Ronald Friedmann

Mitglied der Historischen Kommission
beim Vorstand der Partei DIE LINKE

Ein Jahrhundert in 54 Stunden

Stafettenlesung des antifaschistischen Romans »Die Ästhetik des Widerstands« zu Peter Weiss' 100. Geburtstag

Der Handywecker fiept durchdringend, ich schrecke aus hastigem Schlaf hoch und blicke irritiert um mich. 3 Uhr früh blinzelt mir die grünliche Uhrzeit unten am Hotelfernseher zu. Es denkt in mir, ach ja, du bist in Rostock, die Stafettenlesung läuft und du hattest dich kurz vor der Lesung deines eigenen Abschnitts um 4:17 Uhr noch zweieinhalb unruhige Stunden lang hingelegt, um nicht komplett erschöpft antreten zu müssen bei dieser Marathonlesung der »Ästhetik des Widerstands«.

Seit 15 Stunden nun lief die Lesung, bisher war alles glatt gegangen und die Eröffnung war ein Traum gewesen: Nach den kurzen Ansprachen zur offiziellen Eröffnung unter anderem der Vorstandsvorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dagmar Enkelmann, hatte ein kleines Ensemble, ein Chor aus Schauspielschüler_innen der Hochschule für Musik und Theater Rostock und Schauspielern des hiesigen Volkstheaters, eine fulminante, vielstimmige Interpretation der ersten zehn Seiten von Peter Weiss Jahrhundertroman – die berühmte grandiose Beschreibung des Pergamonaltars im Berlin der NS-Zeit – im voll besetzten Saal des Peter-Weiss-Hauses hingelegt, ehe die Stafette von Live-Lesenden und vorproduzierten Videosequenzen ihren Lauf nahm. Den anspruchsvollen Live-Aufschlag meisterte Schauspieler Dirk Borchardt, gefolgt von LINKEN-Eminenz Gregor Gysi und 97 weiteren Vorleserinnen und Vorlesern.

Seit Mitte 2015 arbeitete ein toughes Team aus Theresa Klaue, Stefan Nadolny, Jörg Herrmann und Friedrich Burschel, an der Vorbereitung des Großereignisses aus Anlass des 100. Geburtstages und zu Ehren des großen Peter Weiss'. 50 rund halbstündige Videosequenzen und dazu jeweils Aussagen der Lesenden über ihr persönliches Verhältnis zu Weiss und seinem Roman wollten vorproduziert und aufgezeichnet sein, eine voluminöse Videobox im Laufe des Jahres von Festival zu Festival gewuchtet werden, um auf die Stafettenlesung

aufmerksam zu machen: Sie war auf der Fusion, in der Akademie der Künste, auf den Linken Buchtagen, der Frankfurter Buchmesse, auf dem Internationalen Literaturfestival Berlin, bei den Peter-Weiss-Tagen im »Hebbel am Ufer« und der Ausstellung zum Spanischen Bürgerkrieg im Foyer des »Neuen Deutschland«-Gebäudes zu sehen. Ein 100-Tage-Countdown auf Facebook und auf dem »peterweiss100«-Blog gestaltet und die komplexe Logistik für das Großereignis wenige Tage nach Weiss' tatsächlichem 100. Geburtstag am 8. November 2016 gemeistert werden. Kunstvolle Plakate mit Elementen aus Collagen Peter Weiss', eine durchdachte Postkarten-Serie in drei Phasen und ein schönes Programmheft waren parallel in der Werkstatt des Künstlerduos Schroeter und Berger entstanden.

4 Uhr, Samstag früh, 12. November 2016: ich lausche noch etwas benommen den letzten Seiten des gerade Lesenden, außer mir und meinem »Vorredner« sind noch sechs weitere Personen im Saal, auf der Chaiselongue eine Frau namens Zala, die das Liegemöbel fast das gesamte Wochenende nicht mehr verlassen würde, schlafend Olaf aus Augsburg in einem der Strandkörbe hinten im Saal, zwei weitere Schlafende und zwei Freunde, die extra aufgestanden waren, um mir solidarisch bei meinem Part zur Seite zu stehen; allmählich bin ich hellwach, das Adrenalin knackt im Leib und ich bringe den Dutzende Male geprobt Text ohne Stocken hinter mich.

Während der insgesamt 54 Stunden Nonstop-Lesung war genau jene Stimmung entstanden, die wir Planenden uns so gewünscht hatten. Rund um die Uhr bewegten sich Menschen im Peter-Weiss-Haus, besuchten Ausstellungen und Vorträge im Begleitprogramm, trafen sich auf einen Ratsch oder ein Entspannungsbier im »Café Marat« im Hause, verweilten am Büchertisch, schnappten sehr frische Luft im Freigarten vor dem Haus oder taten das Gegenteil, rauchten. Und immer wieder und über lange Phasen trat man in den Saal und hörte der literarischen Lesung zu. Der Wechsel von Vi-

deo- und Live-Sequenzen, die spannende und vielseitige Abfolge so sehr unterschiedlicher Lesender und auch eine gelassen machende, aber aufnahmebereite Grundmüdigkeit sorgten dafür, dass ein geradezu euphorisches, dem großen, anspruchsvollen Meisterwerk zugewandtes Einverständnis entstand, das die gesamte Atmosphäre bis zum Schluss trug.

Meine eigene Hochstimmung ließ mich insgesamt nur wenige Stunden der Lesung ruhend versäumen, ein paar Mal nickte ich im Saal ein, war aber sonst völlig verblüfft, wie lange die Spannen meiner Aufmerksamkeit beim Zuhören und zum Teil beim Mitlesen anhielten. Mit welcher Spannung hörte ich Roger Behrens zu bei dem Abschnitt über den Tempel von Angkor Wat, wie rührte mich Thomas Ebermanns Subwoofer-Bass zur »Roten Kapelle«, danach Sabine Kebir und Tanja Kinkel, wie begeisterten mich Elisabeth Abendroth kurz vor dem Schluss des Buches, Bini Adamczak an dessen Anfang und Asta Necha-jute in der Mitte, wie habe ich mich gefreut unter den Live-Lesenden den großartigen Hörspielmacher des Bayerischen Rundfunks, Karl Bruckmaier, kennenzulernen – er war mit seiner Frau gerne nach Rostock gekommen, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, daheim seinen 60. Geburtstag feiern zu müssen –, und wie viele der anderen versetzten mich mit ihrer Stimme, ihrer Interpretation und Intonation in Entzücken?

Und wie unglaublich war es, dass alles wie am Schnürchen klappte, welche unfassbar zugewandte Stimmung unter den Gästen entstand, denen, die das ganze, lange Wochenende da waren, den Nachtschwärmern auf Stippvisite, und den Leuten, die gezielt zu bestimmten

Passagen oder Lesenden sich einfanden und den Saal das eine oder andere Mal im Laufe des Ereignisses gut füllten. Und als der letzte, der 100. Vorleser, Erasmus Schöfer, selbst Autor einer monumentalen, im Grunde an die Ästhetik anschließenden Roman-Tetralogie »Die Kinder der Sisyfos«, die letzten Worte des Romans gelesen hatte, »... sie müssten selber mächtig werden dieses einzigen Griffs, dieser weit ausholenden und schwingenden Bewegung, mit der sie den furchtbaren Druck, der auf ihnen lastet, endlich hinwegfegen könnten.«, war es erst einmal totenstill im Saal, ehe sich ein gelöster, heiterer, begeisterter Applaus Bahn brach: Es war glücklich!

1000 Seiten, 100 Lesende, 54 Stunden und etwa 350 Besucher_innen über das Wochenende sowie etwa 150 Menschen, die die Lesung ganz oder teilweise zuhause über den Livestream im Internet verfolgt hatten. Und ein Jahr lang Peter-Weiss-Bildungsarbeit vom Feinsten und eine angemessene Würdigung des 1982 verstorbenen Jubilars, des Künstlers, Dramatikers, Schriftstellers Peter Weiss.

Die gesamte 54-stündige Lesung und die jeweils drei Statements aller 100 Lesenden werden ab April/Mai 2017 im Internet unter der bekannten Adresse www.peterweiss100.de abrufbar sein.

Friedrich Burschel

Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit

Keine Angst vor unbequemen Analysen

Anmerkungen zur Rezension von Stephan Jegielka¹

Konsequent antiimperialistische Politik verlangt nach genauer kritischer Analyse. Dazu gehört der Blick auf die Vergangenheit linker Politik, die durch den Kampf der Kommunisten mit ihren Leistungen und Irrtümern geprägt war, ebenso wie von der Politik des Staates Sowjetunion. Der Erfolg der russischen Revolutionen von 1917, das Aufstreben einer sich sozialistisch verstehenden Groß- und Supermacht in feindlicher Umkreisung hatte Konsequenzen. Sie schlugen sich im Charakter und im Inhalt sowjetischer Politik und ihrer natürlichen Verbündeten, der Kommunisten, nieder. Wer gezwungen war, »Sozialismus in einem Land« aufzubauen brauchte die kommunistische Weltbewegung, nach 1944/1945 die sich sozialistisch wandelnden Staaten einschließlich der DDR als Verbündete, als Partner.

Moskau bestärkte diese Länder in ihrer sozialistischen Wendung, aber es exportierte sein Entwicklungsmodell, das bereitwillig von den in den sozialistischen Ländern regierenden Parteien, auch der SED, angenommen wurde. Damit – vielleicht alternativlos, aber nicht diskussionslos – entschied sich Osteuropa, auch die DDR, für ein sowjetisches Modell eines administrativ-zentralistischen Sozialismus mit allwissender Partei und im Zweifelsfall überbordender Sicherheitspolitik. Suchten Kommunisten in diesen verbündeten Staaten nach Alternativen, sei es der Prager Frühling, sei es der Reformweg eines Ulbricht mit seiner NÖS, liefen sie Gefahr diszipliniert zu werden.

Das Schicksal der DDR ist leider zwiespältig, bot die Chance für einen antifaschistischen Weg, der zum Sozialismus führen sollte und in den Anfängen durchaus zunächst dem Programm von Potsdam aller Siegermächte entsprach. Aber mit dem Übergang zum Kalten Krieg wurde das Übergewicht sowjetischer Ratschläge und Belehrung so stark – und akzeptiert –, dass für die SED – bei allen Kursschwankungen, bei allen intellektuellen Reformideen, und, wie gesagt, auch bei einer Sozialismusreform von oben in den 1960er Jahren, letztlich nur ein deformierter Sozialismus herauskam. Der aber

wurde dann 1989 trotz all seiner Errungenschaften in kürzester Zeit für einen Systemwechsel von den Bürgern des eigenen Landes preisgegeben.

Darüber können Linke sicher noch lange streiten. Problematischer für die aktuelle Politik ist allerdings das falsche Verständnis von Imperialismus, hier exemplifiziert an einem »heutigen russischen Imperialismus«.

Gerade Linke haben heute Bangigkeit, Sorge, diesen modernen, zeitgenössischen russischen Staat als kapitalistisch, ja imperialistisch zu bezeichnen. Denn sie finden ihn, finden Putin als ideales Korrektiv gegen die bestehende US-dominierte Weltordnung und sind wohl nostalgisch versucht, das heutige Russland noch geprägt durch die Oktoberrevolution zu sehen.

Das verkennt allerdings die Tiefe des Umbruchs, der sich seit Ausgang der 1980er Jahre zunächst unter Perestroika-Vorzeichen und dann in den 1990er Jahren unter der Ägide Jelzin, seiner neoliberal angehauchten russischen Wirtschaftsexperten und westlicher Berater vollzogen hat.

Imperialismus im Leninschen Sinne beinhaltet immer zwei Komponenten, eine imperialistische, expansive Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik. Hier konnte tatsächlich erst in den letzten 10, 15 Jahren der Verfall der einstigen Supermacht aufgehalten, eine Armereform in die Wege geleitet und in den derzeitigen Krisen um die Ukraine und den Nahen Osten auch militärisch massiv Präsenz im Interesse Russlands gezeigt werden. Das ist wohl tuend auch für Linke, weil dieses Neuauftreten Russlands auf der Weltbühne dem US-amerikanischen Unilateralismus, seinem Vormachtstreben endlich Paroli bietet. Russland erinnert daran, dass der Welt eine multipolare Ausrichtung, das Anerkennen unterschiedlicher Interessen und Interessensphären, das Nichteinmischen in die inneren Angelegenheiten von Staaten besser zu Gesicht steht als das Agieren einer westlichen Weltgendarmarie mit dem Sheriff USA und seinen Deputies aus Westeuropa, insbesondere der BRD und Großbritannien.

Zugleich ist Imperialismus immer auch konkretes Wirtschaftsverhältnis und Wirtschaftspolitik. Sicher können die Merkmale des Imperialismus durchdekliniert werden, wie sie einst Lenin entwickelte. Hilfreicher ist allerdings daran zu erinnern, dass es um monopolistischen, um Monopolkapitalismus geht. Große Wirtschaftskonzerne, nationale und heute transnationale Monopole bestimmen die wirtschaftlichen Schwerpunkte und sind in der einen oder anderen Weise mit der Staatsmacht verbandelt. Seitdem Putin den Weg der Konsolidierung des russischen Staates eingeleitet hat und die Macht zu aufmüpfiger Großunternehmern, Oligarchen, beschnitten hat, agieren der russische Staat und seine Unternehmen in kontrollierter, aber aktiver Weise auch machtpolitisch. Die besondere Rolle der russischen Energie- und Rüstungskonzerne garantiert unmittelbar auch Einflussnahme auf andere Staaten. Wer Kapitalismus richtig verstanden hat, weiß dass Profitmacherei zwangsläufig mit Expansion, Ausweitung, Aggression verbunden ist. Wohl dem Land, das dies mit vorrangig friedlichen Mitteln, mit Verträgen, Krediten, Außenhandelsbeziehungen betreibt und seinen Partner die Luft zum Atmen lässt und sie nicht zur ökonomischen Unterwerfung unter eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwingt.²

Im Leninschen Selbstverständnis ging es immer um unterschiedliche Entwicklungstempi imperialistischer Staaten. Er mochte sie als Gegner des Kapitalismus alle nicht. Als Realpolitiker begriff er aber sehr wohl die Unterschiede, suchte Widersprüche auszunutzen, um die Interessen der sozialistischen Bewegung und seines eigenen Staates besser durchsetzen zu können. Das war der Ansatz für die Verhandlungen in Genua, den Vertrag mit Deutschland in Rapallo. Lenin hatte keinen Zwei-

fel, dass er es mit Imperialisten zu tun hatte. Aber die Maxime für ihn war, was kann der sozialistischen Sache nützen, mit wem kann ein Stück gemeinsamen Weges gegangen werden.

Was für Lenin möglich war dürfte auch heute für Linke machbar sein, nüchtern zu analysieren, welche politischen Akteure mit welchen Interessen agieren. Auf dieser Grundlage können und müssen sie entscheiden, ob ein Zurücklehnen hilft, also eine praktizierte Äquidistanz. Oder ob eine linke Politik auch eine kapitalistische Großmacht positiv begleitet und unterstützt, die sich gegen eine aktuelle Hauptgefahr wendet – die USA und ihre europäischen Partner in ihrem Weltmachtstreben. Gegen eine Dominanz des US- oder auch des deutschen EU-Imperialismus kann da vielleicht doch eine russische Außenpolitik helfen, können russische Initiativen sinnvoll unterstützt werden, ohne vor widersprüchlichen, teilweise wenig oder antidemokratischen Tendenzen die Augen zu verschließen. Darum geht es hinsichtlich Russland heute.

Dr. Stefan Bollinger

-
- 1 Siehe: Stephan Jegielka: Kein Krieg mit Russland. ;Rezension: Stefan Bollinger: Meinst du, die Russen wollen Krieg? Berlin 2016. In Runsbrief 2/2016, S. 45-47.
 - 2 Siehe: Zur russischer Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte siehe u. a. Elke Siehl: Privatisierung in Rußland. Institutioneller Wandel in ausgewählten. Wiesbaden 1998; Paul J. J. Welfens/Ralf Wiegert (Hrsg.): Transformationskrise und neue Wirtschaftsreformen in Russland. Berlin-Heidelberg 2009; Karl-Heinz Gräfe: Die Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland. In: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Essen. H. 99 (2014), S. 31-43; Felix Jaitner: Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow bis Putin. Hamburg 2014.

Die Umbenennung der Universität Greifswald als Kristallisationspunkt neurechter Strukturen und Denkweisen

Hintergrund: Ernst Moritz Arndt und die Umbenennung der Universität Greifswald

Ernst Moritz Arndt gilt als einer der Protagonisten des deutschen Nationalismus. Geboren auf Rügen, wurde er nach Studium der evangelischen Theologie, Geschichte und Geographie 1800 Privatdozent für Geschichte in Greifswald. 1818 an die Universität Bonn berufen, wurde er 1820 in den Ruhestand versetzt. Hintergrund war sein Engagement für die deutsche Einheit und liberalen Verfassungsgedanken, was ihm von Seiten des österreichischen Fürsten Metternich Ablehnung einbrachte. 1848 war er der älteste Abgeordnete in der Frankfurter Paulskirche, danach folgten fünf Jahre Professur in Bonn. Er starb 1860 in Bonn.

Arndt verband Patriotismus mit antifranzösischem Nationalismus und antisemitischen Ansichten. 1814 schrieb er: *»Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, daß sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu erhalten wünsche.«* Sein Lied *»Was ist des Deutschen Vaterland«* ging als Motiv in die Verfassungsurkunde der Burschenschaften ein. Als Autor verfasste er antifranzösische Schmähchriften. Nach BENZ ging seine nationalistische Begeisterung mit einer *»Judenfeindschaft einher, die zwar noch nicht eindeutig rassistisch ausgeprägt war, aber deutlich den Weg zum modernen Antisemitismus wies, der im Kaiserreich des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts gesellschaftsfähig wurde«*.¹

Verliehen bekam die Universität den Namenszusatz *»Ernst Moritz Arndt«* 1933. Auch während der DDR-Zeit blieb der Name unberührt. Debatten um die Umbenennung der Universität Greifswald sind nicht neu

und treten immer wieder auf. Zuletzt gab es 2010 unter anderem eine studentische Abstimmung, in der die Befürworter des Namens knapp gewannen. Nach studentischen Initiativen wurde die Diskussion 2016 wiederaufgenommen. Am 18. Januar 2017 beschloss der Senat die Umbenennung. Final hat das Bildungsministerium in Mecklenburg-Vorpommern am 7. März 2017 die Ablegung des Namenszusatzes aus formalen Gründen abgelehnt. Seit Januar hat die Debatte um die Umbenennung hohe Wellen geschlagen, so dass sich auch die Universität Greifswald zu einer Mitteilung *»Fakten zur Diskussion um den Namen der Universität – Wider die Legendenbildung«* veranlasst sah. Aufgeführt sind sowohl die Initiativen in den vergangenen Jahren als auch das rechtliche Prozedere.

Burschenschaften, Identitäre Bewegung und rechte Parteien: welche politischen Positionierungen und Überschneidungen gibt es?

Unterstützt wurde die Umbenennung von linken Gruppen wie *»Uni ohne Nazis«* und studentischen Institutionen wie dem AStA der Universität Greifswald. Begrüßt wird eine Namensänderung ebenso von Linkspartei und der SPD auf Landesebene, wobei auf lokaler Ebene die Zustimmung bröckelte. Die universitäre Antragsbegründung kann als neutral bewertet werden. Deren Schwerpunkt ist überwiegend in formalen – oder eher ökonomischen – Gründen zu suchen, gegen die Individualisierung durch einen Namenspatron, abschreckend in der Anwerbung von Wissenschaftler_innen oder als Hindernis für die wissenschaftliche Vermarktung. Die politische Ambivalenz der Person Arndt wird dabei nicht diskutiert. Gegenstimmen aus den universitären Kreisen kamen zum Beispiel vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), dem früheren Rektor Jürgen Köhler, dem konservativen Professor und Landtagsab-

geordneten der Alternative für Deutschland (AfD) Ralph Weber und aus den Burschenschaften. So beteiligte sich die Greifswalder Burschenschaft Rugia an einer Menschenkette am 11.02.17 zur Rückbenennung der Universität. Dass sie mit lokalen Neonazis zusammenmarschierten, finden die Burschenschafter für eine Distanzierung nicht nötig. Einen Tag später, am 12.2.17, folgte die »Das ist unser Ernst«-Demonstration, welche einmal mehr die lokale neurechte Szene zusammenbrachte. Organisiert von der »Bürgerinitiative Ernst Moritz Arndt Greifswald«, hinter der die bereits durch antisemitische und rassistische Äußerungen aufgefallene »Bürgerbewegung Frieden, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit« (FFDG) steht. Es sprachen AfD-Kader und Landtagsabgeordnete wie Michael Kramer (Burschenschafter der Gothia-Berlin) oder Holger Arppe. Bei der Demonstration trafen sich Vertreter_innen der Identitären Bewegung (IB), Vertreter_innen der Kameradschaftsszene und Mitglieder der Burschenschaft Markomania Aachen Greifswald (Mitglied in der rechten »Burschenschaftlichen Gemeinschaft«). Vertreter_innen der IB waren aber nicht nur dort mit von der Partie, wobei insbesondere die Zusammenarbeit mit der AfD deutlich wird. Am 6. Februar 2017 fand eine Mahnwache vor dem Universitätsgebäude statt, organisiert von Delphine Thiermann, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative in Hamburg«, und unterstützt von Vertreter_innen der IB. Als Redner traten wiederum hier die AfD-Abgeordneten Ralph Weber, Nikolaus Kramer und Holger Arppe, der schon früher Sympathien für die IB geäußert hatte, auf. Daneben fallen lokale Vertreter_innen der IB mit eigenen Aktionen auf, ganz im Sinne ihres aktivistischen Konzepts. Bei der »Findlingsaktion« wurde ein Findling mit montierter Platte für Arndt abgelegt. Eine Aktion, die u. a. von der Burschenschaft Markomania Aachen Greifswald als »starke Aktion« bezeichnet wurde.

Während sich von der Landes-NPD keine Meldung und Positionierung zu der Umbenennung finden ließ, positionierte sich die AfD-Landtagsfraktion erwartungsgemäß klar für den Erhalt des Namens. Dazu stellte die AfD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag, einer Namensänderung durch die Landesregierung nicht zuzustimmen und forderte die Universität Greifswald auf, die Entscheidung zu überdenken und umzukehren. Der Dringlichkeitsantrag wurde damals abgelehnt. Überregionale Unterstützung und Sympathiebekundungen kam zum Beispiel von der neurechten »Ein Prozent

»-Bewegung, die sich um die IB und Burschenschafter wie Philipp Stein (Marburg-Germania) gruppiert. Aber auch der umstrittene Historiker und Kolumnist Götz Aly, der sich bereits gegen die Umbenennung des Berlin Gröbenufer in May-Ayim-Ufer 2010 aussprach, geißelte in den Stuttgarter Nachrichten die »Wegsäuberung.«²

Argumentationsmuster: »Tradition und Heimat statt linker Bilderstürmerei!«

Die vorgebrachten Argumentationsmuster sind ähnlich: Für Burschenschaften ist Ernst Moritz Arndt eine ihrer Identifikationsfiguren. Neben den Professoren Ries und Luden, dem »Turnvater« Jahn, gilt Arndt als einer der »Gründungsväter« der Burschenschaft. Entsprechend positionieren sich die Burschenschaften gegen die Umbenennung. Arndts Antisemitismus und Frankreichhass wird ihm in einem Beitrag der Burschenschaft Redaria-Allemania Rostock höchstens als »Ambivalenz«, die doch jeder Mensch hätte, nachgesehen. Ferner hätte es dem damaligen Zeitgeist entsprochen und müsse im Kontext betrachtet werden. Ähnlich argumentiert die AfD, geschmückt mit ein wenig mehr Lokalkolorit: *»Ernst Moritz Arndt ist einer der berühmtesten Söhne Vorpommerns. Und wir sind ihm zu Dank verpflichtet, für seinen Kampf gegen die Leibeigenschaft, für die Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft und für die Nationwerdung Deutschlands«*

In einer Pressemitteilung wird schließlich den Befürwortern fehlende regionale Verbundenheit vorgeworfen.

Insbesondere die Herausbildung des Nationalbewusstseins wird immer wieder als eine herausragende Leistung Arndts erwähnt. Die dahinterliegende Sichtweise ist typisch: einzelne Momente – oder eben Personen – dienen für eine Gesamtgeschichte und Identitätsstiftung als Referenz, werden herausgehoben und unter Ausklammerung jeglicher kritischerer Inhalte als zeitlos dargestellt. Neuinterpretation und Bewertung der Geschichtspolitik wird abgelehnt. Es ergeben sich somit leicht Anleihen an angeblich zeitlosen Patriotismus, Volkstum oder christliche Erweckung – und das bietet wiederum Anknüpfungspunkte an gegenwärtige Diskurse zur »Flüchtlingsabwehr«, »Verteidigung der christlichen Kultur« und einer »Gefahr für die Heimat«. Ein weiteres charakteristisches Argumentationsmuster findet sich in der Kritik an »die da oben«: *»Gerade heute, wo politische Eliten wieder nach Gutdünken am eigenen Volk*

vorbeiregieren, ist die Umbenennung der Universität das falsche Signal« schreibt schließlich die AfD-Fraktion.³

Übereinstimmend ist die Markierung des Feindes – es wird von einer »linken« (Burschenschaft Rugia) oder »antideutschen« (Burschenschaft Markomannia Aachen Greifswald) Minderheit ausgegangen. Diese wird, klassischerweise, als Gesinnungspolizei oder ähnliches bezeichnet. Daher darf auch die »politisch oberkorrekte Bilderstürmerei« nicht fehlen, Arndt aus dem »kollektiven Gedächtnis zu löschen«, wie die AfD meldete.

Anhand der Auseinandersetzung und gerade aufgrund der lokalen Ausrichtung zeigen sich an der final gescheiterten Umbenennung exemplarisch politische Positionierungen, Vernetzungen und Diskurse der Neuen Rechten, eine Vermischung aus rechtspopulistischen und antimodernistischen Elementen. Deutlich treten die personellen und ideologischen Übereinstimmungen zwischen Burschenschaften, AfD und IB – gerade auch in ihrem gewünschten Selbstbild und ihrer Außen- darstellung als agile Akteur_innen einer identitätspolitischen und -stiftenden Position – hervor. Gleichzeitig bieten Diskussionen wie die um die Umbenennung der

Universität Greifswald Anknüpfungspunkte der Neuen Rechten an den »Wutbürger«. Isolierte Gruppen können kampagnenfähig Anschluss, und teilweise als Initiator_innen, an weniger radikale Bürger_innen oder die »enthemmte Mitte« finden – gerade weil für das Eintreten für den Namen Ernst Moritz Arndt keine Anleihen an NS-Propaganda notwendig sind und Arndt als mobilisierende Ressource funktioniert. Obwohl formale Gründe nach dem Bildungsministerium in Schwerin zur Ablehnung geführt haben sollen, dürfte die lokale Rechte freudig und gestärkt aus der Entscheidung und aus den vergangenen Monaten hervorgehen.

Andreas Bohne

Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

-
- 1 Siehe: Wolfgang Benz: Das Wartburgfest: Ursprungsmythen des Nationalismus jetzt kaufen, 2015.
 - 2 Götz Aly: Ernst Moritz Arndt leider weggesäubert In: Stuttgarter Zeitung, 23.01.2017; <http://afd-fraktion-mv.de/index.php/2017/01/25/koalition-und-linkspartei-kneifen-vor-umbenennungsdebatte>.
 - 3 Siehe: <http://afd-fraktion-mv.de/index.php/2017/01/18/umbenennung-der-universitaet-greifswald-ist-widersinnig>.

Zwei Bücher zum Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939

»Sie werden nicht durchkommen« Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution

Werner Abel, Enrico Hilbert & Harald Wittstock
unter Mitarbeit von Maguerite und Manfred Bremer,
Peter Fisch, Dieter Nelles und Karlen Vesper; Band 2;
Verlag Edition AV, 1. Auflage 2016, 311 Seiten.

Unmittelbar nach dem Erscheinen des ersten Bandes »Sie werden nicht durchkommen« legten 2016 die oben genannten Autoren den angekündigten zweiten Band vor. Er ergänzt sinnvoll die im ersten Band vorgestellten Biografien deutscher Interbrigadisten.

Im Vorwort erläutern die Autoren, dass der zweite Band aus der Tatsache resultiert, die biografierten Persönlichkeiten ausführlicher mit Foto- und Dokumentenmaterial zu charakterisieren. Gut zu Gesicht steht der Publikation das Vorwort des bekannten Spanienkämpfers Kurt Goldstein, der sich stets für diese jetzt vorliegenden Bände einsetzte. Interessante bisher kaum bekannte Dokumente fanden Platz in der Publikation und erweitern den Lesern das Wissen über die Geschichte der Interbrigadisten während ihres Einsatzes in Spanien und ihrer Internierungszeit in Südfrankreich.

Werner Abel schildert detailliert die Genesis des unerwünschten Buches von Alfred Kantorowicz »Interbrigadisten in Spanien 1936–938«.

Prägnant skizziert Harald Wittstock das Wirken von Karl Kleinjung als Interbrigadist, Partisan und General des MfS. Peter Fisch analysiert kenntnisreich sowie kritisch den II. Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur in Spanien, der in Madrid und Valencia 1937 stattfand. Interessante Details vermittelt Werner Abel mit dem bisher nicht bekannten Bericht von Wilhelm Zaiser; er war als Interbrigadist unter dem Namen »General Gómez« im Einsatz. Auf den Seiten 93 bis 221 werden Gruppenfotos sowie Fotos der Spanienkämpfer veröffentlicht, die im engsten Kontext mit ihren Kurzbiografien im Band eins stehen. Durch die so hergestellte Einheit von Text und Bildmaterial erhalten die Nutzer ein

plastisches Bild von den biografierten Frauen und Männern, die an der Seite des spanischen Volkes wirkten. Abgerundet wird die Publikation durch die dreizehn Interviews die Karlen Vesper mit ehemaligen Spanienkämpfern führte. Sie geben unter anderem Auskunft über die Gründe sich an die Seite des spanischen Volkes zu stellen im Kampf gegen Franco und seine deutschen und italienischen Verbündeten.

Ein umfangreiches Namens- Orts- und Quellenverzeichnis ermöglicht den Lesern sich schnell zu informieren. Leserfreundlich sind die Fußnotenangaben auf der jeweiligen Buchseite.

Frauen und der spanische Krieg 1936–1939. Eine biografische Dokumentation

Ingrid Schiborowski und Anita Kochnowski (Hrsg.)
Verlag am Park Berlin 2016, 651 Seiten.

Die Publikation ist aufs engste verbunden mit den beiden Bänden »Sie werden nicht durchkommen« Zu Recht betonen die beiden Herausgeberinnen, dass bisher die Geschichte der Frauen, die mithalfen die spanische Republik in den Jahren von 1936 bis 1939 gegen Franco und dessen Verbündete zu verteidigen noch nicht geschrieben wurde.

Die Fülle der Kurzbiografien ausländischer und spanischer Frauen, die sich am Kampf um die Erhaltung der spanischen Republik beteiligten ist erstaunlich.

Breitesten Raum in der Publikation nehmen die Biografien der Frauen (S. 9–286) ein, die aus Europa, Lateinamerika, USA und Australien kamen, um solidarisch an der Seite des spanischen Volkes zu kämpfen. Sie wirkten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens an der Front mit der Waffe in der Hand sowie als Ärztinnen und Krankenschwestern im Hinterland. Man findet sie als Journalisten, Fotografen und Propagandisten in Spanien und im Ausland, um nur einige ihrer Wirkungsbereiche zu benennen.

Der Anteil der ausländischen Frauen, die in Spanien im Einsatz waren, ist von den Herausgeberinnen alphabetisch geordnet worden. Die akribisch recherchierten Kurzbiografien verdeutlichen wie schwierig die Quellenlage ist und widerspiegeln den oft spärlichen Umfang des vorhandenen Faktenmaterials.

In den Kapiteln zwei und drei schildern die Hrsg. den Anteil der spanischen Frauen bei der Verteidigung ihrer Heimat, die sich ebenfalls sowohl an der Front oder den rückwärtigen Diensten und in den Reihen der unterschiedlichen bewaffneten Formationen bewährten. Fer-

ner wird ihre umfangreiches Wirken in den spanischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen anschaulich geschildert. Abschließend gehen die Hrsg. auf das Schicksal der inhaftierten und zum Tode verurteilten spanischen Frauen unter der Franco Diktatur ein.

Die vorliegende Publikation schließt eine empfindliche Lücke im Wissen zum spanischen Krieg von 1936 bis 1939 und regt zur weiteren Forschungsarbeit an.

Dr. Günter Wehner

Neue Erkenntnisse zum illegalen Wirken der Widerstandsgruppe um Robert Uhrig

Unter Leitung des Kommunisten Robert Uhrig entstand über den Zeitraum von 1936 bis 1942 eine weitverzweigte Widerstandsorganisation. Von Berlin, dem Zentrum der illegalen Organisation, gab es feste Kontakte zu Gleichgesinnten nach Essen, Hamburg, Innsbruck, Leipzig, Hannover, Hennigsdorf, München und Wien.¹

In der Literatur zum antifaschistischen Widerstand wurde über diese Organisation und ihre vielseitigen Verbindungen geschrieben, dennoch wurde aber bezweifelt, dass die Berliner Widerstandsorganisation tatsächlich feste Kontakte nach München, Innsbruck und Wien hatte.

Bisher kaum ausgewertete Nazi-Justizakten belegen, dass es besonders nach München feste Kontakte zu anderen Widerständlern gab. Die dortige Widerstandsgruppe besaß zugleich auch die erwähnten illegalen Verbindungen nach Innsbruck und Wien.

Im Abschlussbericht der Gestapo zu den Verbindungen der Uhrig-Organisation werden für München 32 inhaftierte Antifaschisten benannt, die in Fünfergruppen organisiert von Ende 1939 bis Anfang 1942 intensiv illegal wirksam waren.

Beim Auswerten von NS-Akten ist in Bezug auf die Wiedergabe der illegalen Aktivitäten der Widerständler größte Vorsicht geboten, dennoch sind die von der Gestapo recherchierten Angaben über den Umfang des Widerstandes, den die Angeklagten aus München leisteten, ein Zeugnis über den langjährigen Kampf gegen das NS-Regime. In dem Gestapobericht wird betont, dass es eine fest gefügte Leitung gab, die außerordentlich konspirativ tätig war. Die Münchener Antifaschisten konzentrierten sich auf das illegale Wirken in den Betrieben. Sie verbreiteten illegales Informationsmaterial zur Kriegs- und Wirtschaftslage, das sie aus Berlin bekamen und organisierten Sabotageakte bei der Produktion für die Kriegsführung.

Die enge Verknüpfung der Berliner Widerstandsorganisation mit Gleichgesinnten in anderen Städten beruhte insbesondere darauf, dass Dr. Josef Römer aus München

stammte. Er hatte im April 1919 das Freikorps »Oberland« gegründet, aus dem in den nachfolgenden Jahren der Bund »Oberland« entstand. Ab 1930 sympathisierte J. Römer mit der KPD. Das Zusammenwirken gegen die aufkommende faschistische Gefahr in Deutschland führte dazu, dass er unmittelbar nach Errichtung der NS-Diktatur mehrmals in Konzentrationslagern inhaftiert war.

Anfang September 1939 nutzte J. Römer bei einem Besuch seines Vaters in München die Möglichkeit alte Kontakte zu NS-Gegnern zu aktivieren. Er gehörte zu diesem Zeitpunkt bereits zur Leitung der Uhrig-Organisation. Bei seinem Besuch traf er seinen langjährigen Kampfgefährten Hans Hartwimmer, der auch eine KZ-Haft hinter sich hatte und Gustav Straub mit dem er befreundet war. Sie berieten wie in München eine illegale Gruppe gebildet werden könne. Im Verlauf des Gesprächs erklärte sich Hans Hartwimmer bereit, die ihm bekannten ehemaligen Angehörigen des Bundes »Oberland« aufzusuchen und sie für die illegale Arbeit zu gewinnen. Gleiches tat Gustav Straub kund. Ab den Herbstmonaten des Jahres 1939 bis Anfang 1942 entstand unter Leitung Hans Hartwimmers eine tatkräftige illegale Organisation in München, die sowohl Kommunisten, Sozialdemokraten und christliche Antifaschisten umfasste. Schwerpunkt der illegalen Tätigkeit war die Schaffung illegaler Betriebszellen, das Verbreiten illegaler Flugschriften und die politische Schulung der Angehörigen der Widerstandsgruppe. J. Römer nutzte die Besuche zu seinem Vater in München für eine intensive Schulung der Münchner Widerständler. An Hand von Karten, Statistiken und abgehörten ausländischen Rationachrichten informierte er seine Mitstreiter über die militärische und wirtschaftliche Lage des NS-Regimes und erläuterte kenntnisreich, dass Deutschland den Krieg nicht gewinnen könne. Er erläuterte, dass sich alle antifaschistisch gesinnten Kräfte zusammenschließen müssten, um bei dem etwaigen Zusammenbruch des faschistischen Regimes eine demokratische Regierung zu schaffen. Er forderte unter anderem die Münch-

ner Widerständler auf eine Kampfgruppe zu bilden. Sie sollte sich mit der Durchführung von Sabotageakten befassen. Er riet ferner dazu, die Bauern in den umliegenden Dörfern für die illegale Arbeit zu gewinnen.

Im Auftrag von Robert Uhrig kamen auch die Funktionäre der Organisation Willy Sache und Fritz Riedel nach München. Auch Willy Sachse erläuterte in seinen Gesprächen mit den Münchenern Kampfgefährten die militärische und wirtschaftliche Lage und hob in seinen Gesprächen hervor, dass das NS-Regime auf eine nationale Katastrophe zusteure. Er forderte die Münchener Antifaschisten auf, alle bekannten Regimegegner zu sammeln, um ein neues demokratisches Deutschland zu schaffen. Er wies in den Gesprächen auf die Einbeziehung der Frauen in die Widerstandsarbeit hin, weil sie in der Kriegswirtschaft tätig waren und sie besonders daran interessiert waren, dass ihre Männer und Söhne die an den Kriegsfrenten standen recht bald wieder nach Hause kämen.

Fritz Riedel beriet mit J. Römer, H. Hartwimmer und Martin Scheungrab wie das illegale Wirken mit den Wiener Antifaschisten zu organisieren sei. Die Gespräche der Münchener Widerständler führten dazu, dass auf dem Münchener Südbahnhof Sand in die Radnaben von Munitionswaggons gefüllt wurden und die Waggons heiß liefen und der Transport gestoppt werden musste.

Hans Hartwimmer und Wilhelm Olschewski sen. konzentrierten das illegale Wirken ihrer Mitstreiter auf die Bildung bzw. den Ausbau von illegalen Betriebsgruppen und die Arbeit unter den Wehrmachtangehörigen. Es gelang ihnen in der Süddeutschen Aluminium und Eisen Gießerei GmbH eine illegale Betriebsgruppe zu bilden, die von Otto Binder und Wilhelm Olschewski sen. geleitet wurde. Auch bei der Firma Linde's Eismaschinen konnte eine illegale Betriebsgruppe gebildet werden sowie beim Reichsbahnausbesserungswerk München-Freimann und bei der Firma Deckel in München. Die Münchener Antifaschisten bemühten sich in Zusammenarbeit mit den Berliner Widerständlern, das illegale Widerstandnetz in Süddeutschland zu verbreitern. So fuhr Centa Beimler, die Frau des Interbrigadisten Hans Beimler, im Auftrag von Robert Uhrig nach Augsburg, um dort Kontakte herzustellen. Anton Schinharl suchte ihm bekannte Antifaschisten in Nürnberg auf, um sie für die illegale Tätigkeit zu gewinnen. Hans Hartwimmer nutzte seine geschäftlichen Kontakte, um in Stuttgart und Regensburg Gleichgesinnte für die illegale Organisation zu gewinnen.

Durch Münchener Antifaschisten vertiefte sich im Sommer 1941 die Zusammenarbeit mit den Widerständlern in Innsbruck und Wien. Durch ihre Vermittlung reiste Robert Uhrig zweimal nach Innsbruck. Er beriet dort wie die weitere illegale Arbeit zu organisieren sei und übermittelte illegale Schriften, die von der Berliner Organisation erarbeitet und herausgegeben wurden. Im Mittelpunkt der Gespräche stand, die Taktik des »Trojanischen Pferdes« für das illegale Wirken zu nutzen.

Durch Spitzel der Gestapo, die sich geschickt als Widerständler tarnten gelang es der Gestapo in die weitverzweigte Widerstandsorganisation einzudringen und sie im Frühjahr 1942 weitgehend zu zerschlagen. Die Münchener Widerstandskämpfer wurden bis auf Wenige in der Zeit vom 4. bis 7. Februar 1942 verhaftet. Aus den Ermittlungsakten der Gestapo ist zu entnehmen, dass gegen die 32 Verhafteten mehrere Prozesse vor dem sogenannten Volksgerichtshof geplant waren. Drei Inhaftierte starben in der Untersuchungshaft.

Im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde konnte ich bisher nur den Prozess gegen Hans Hartwimmer, Raimund Gstür, Gustav Straub, Johann Reisinger, Martin Schinharl, Martin Scheungrab und Alfons Bichelmeier finden. In der Anklageschrift und im Gerichtsurteil gegen Hans Hartwimmer und dessen Kampfgefährten wird hervorgehoben, dass die Angeklagten eine fest gefügte illegale Organisation in München mit zahlreichen Verbindungen zu den umliegenden Orten schufen, die eine zielgerichtete Tätigkeit gegen die NS-Diktatur durchführten. Bei Gustav Straub wurde als strafverschärfend betont, dass er sich als Feldwebel in seiner Kompanie durch besonderen Diensteyer hervorhob und so sein illegales Wirken unter den Soldaten tarnte.

Am 19. April 1944 wurden vom Volksgericht in Berlin Hans Hartwimmer, Gustav Straub und Johann Reisinger wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung zum Tode verurteilt. Raimund Gstür, Anton Schinharl, Martin Scheungrab und Alfons Bichelmeier wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Todesurteil wurden umgehend vollstreckt.²

Dr. Günter Wehner

1 Vgl: Luise Kraushaar: Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus – 1936–1942. Berlin Dietz Verlag 1981 S. 235 ff.

2 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde NJ 1633, Bd. 1, Bl. 1 ff u. Bl. 14 ff..

An alle Engagierten und Interessierten:

Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und

dabei Schnittstelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

Name

Vorname

Geburtsdatum

Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss
BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

Anschrift

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28,
10178, Berlin
oder per Fax: 030 2411046